

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

Die Verhandlungen während der Wiener Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) fanden im Januar 1989 ihren Abschluss. In einer Rede vor dem "Kollegium", einem Beratungsgremium der Stasi-Oberen, ordnete Minister Erich Mielke die Unterzeichnung des Abschlussdokuments und deren Folgen für die Staatssicherheit ein.

Die SED-Führung hatte noch im Dezember 1988 auf einem Plenum des Zentralkomitees bekräftigt, dass es in der DDR auf gar keinen Fall zu einer Übernahme der Reformpolitik Gorbatschows, von "Perestroika" und "Glasnost", kommen dürfe. Das bestätigte die Stasi-Oberen in ihrem Glauben, dass Widerspruch aus der Gesellschaft repressiv begegnet werden müsse.

Aber die DDR agierte international als Teil des Ostblocks und war wirtschaftlich zunehmend von der Bundesrepublik abhängig. Im Ostblock öffnete sich die Führungsmacht, die Sowjetunion, langsam in Richtung Westen. Gerade in den Wochen zu Beginn des Jahres 1989 waren die Verhandlungen bei der Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in eine entscheidende Phase getreten. In Wien, wo diese Verhandlungen stattfanden, hatte sich die sowjetische Vertretung, ebenso wie die ungarische und die polnische Delegation, darauf verständigt, den westlichen Forderungen nach stärkerer Beachtung der Menschenrechte entgegenzukommen: Gewährung von Informations- und Reisefreiheit und die Zulassung von Bürgerrechtsgruppen. Die DDR-Führung hatte lange versucht, dem entgegenzusteuern, musste schließlich aber einlenken und das Abschlussdokument ebenfalls unterzeichnen.

Wie bitter die internationale Lage für Erich Mielke, den langjährigen Minister für Staatssicherheit, war, zeigt seine Rede vor dem "Kollegium" des Ministeriums. Mielke schilderte in der Rede einige der Motive, die die DDR-Führung dazu brachten, das Abschlussdokument trotz starker Bedenken zu unterzeichnen. Es waren Differenzen mit anderen sozialistischen Ländern und es war die Angst vor internationaler Isolation. Der Minister für Staatssicherheit machte zudem deutlich, dass die DDR nicht gewillt war, die eingegangenen Verpflichtungen auch zu erfüllen. Alles müsse "im Rahmen der nationalen Gesetzgebung verwirklicht" werden. "Helsinki-Gruppen", wie die Bürgerrechtsgruppen in dem Abschlussdokument genannt werden, würden in der DDR "entsprechend einer zentralen Entscheidung" (eine Umschreibung für eine Anweisung, die Erich Honecker selbst erteilt hatte) nicht zugelassen.

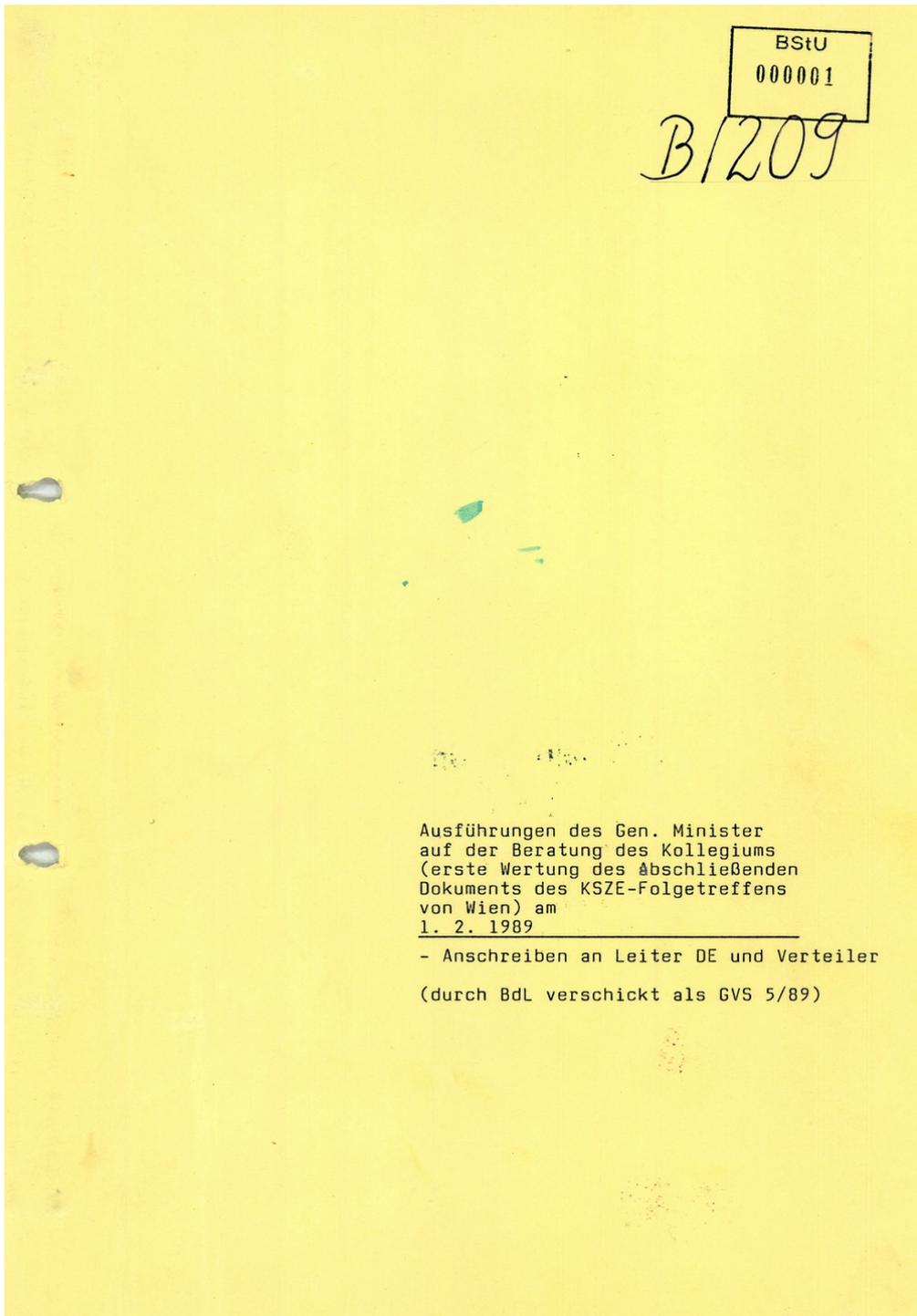
Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64

Metadaten

Dienst Einheit: Minister für
Staatssicherheit
Rechte: BStU

Urheber: MfS
Datum: 1.2.1989
Überlieferungsform: Dokument

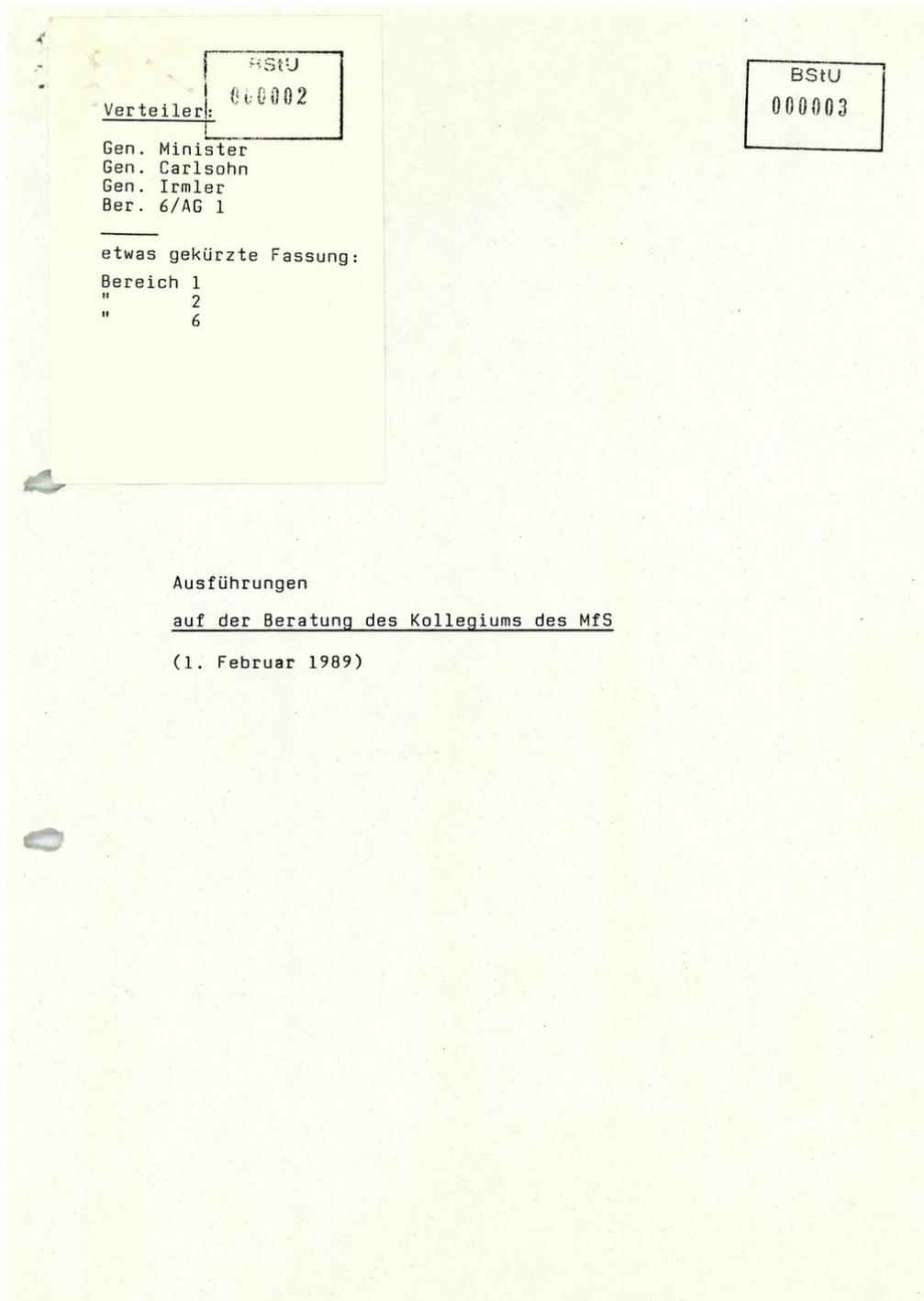
Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



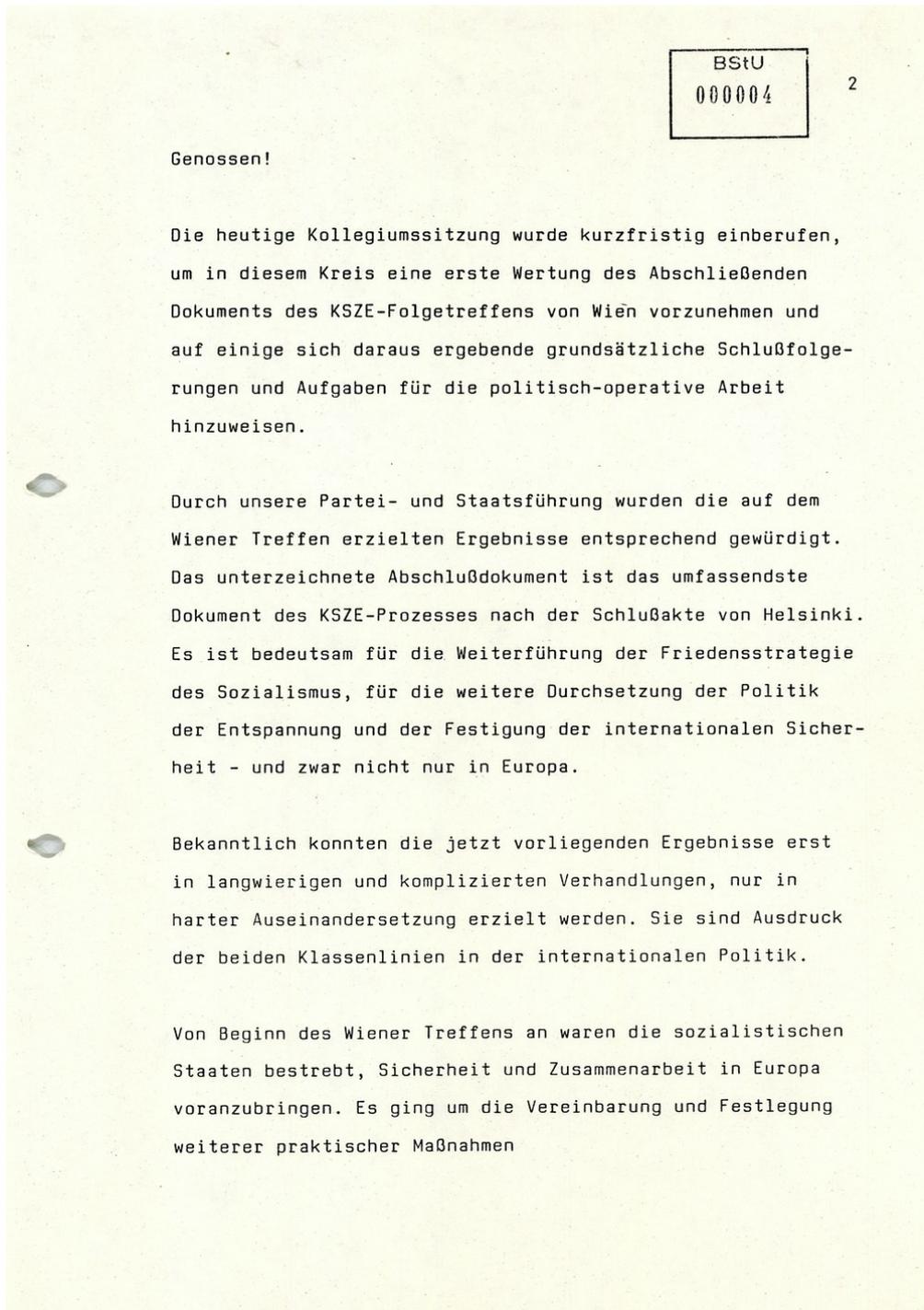
Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64

Blatt 1

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64

Blatt 4

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BSU
000005

3

- zur Festigung der politischen Entspannung und
- zur Materialisierung der militärischen Entspannung.

Die Ergebnisse von Wien bestätigen die Richtigkeit dieser von uns verfolgten Linie, die Richtigkeit der Politik des Dialogs mit allen realistischen Kräften, die wie wir für die Abwendung der Gefahr einer nuklearen Katastrophe, für die Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit eintreten. Der Generalsekretär unserer Partei, Genosse Erich Honecker, hob auf der Sitzung des Thomas-Müntzer-Komitees hervor: "Ohne die aktive Mitarbeit der DDR, ohne ihre Kompromißbereitschaft, ihre Vermittlung wäre das Wiener Treffen nicht zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen, erst recht nicht, wenn man in Betracht zieht, daß manche die Menschenrechte im Munde führen, sie aber in ihren Ländern mit Füßen treten."

Die DDR-Delegation hatte gemäß der Direktive der Partei- und Staatsführung für ihr Auftreten auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien ihre Anstrengungen u. a. darauf zu konzentrieren

- entsprechend der vereinbarten Linie der Staaten des Warschauer Vertrages ein komplexes Mandat für die 2. Phase der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa zu vereinbaren, einschließlich von Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte und Rüstungen in Europa;

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BSU
000006

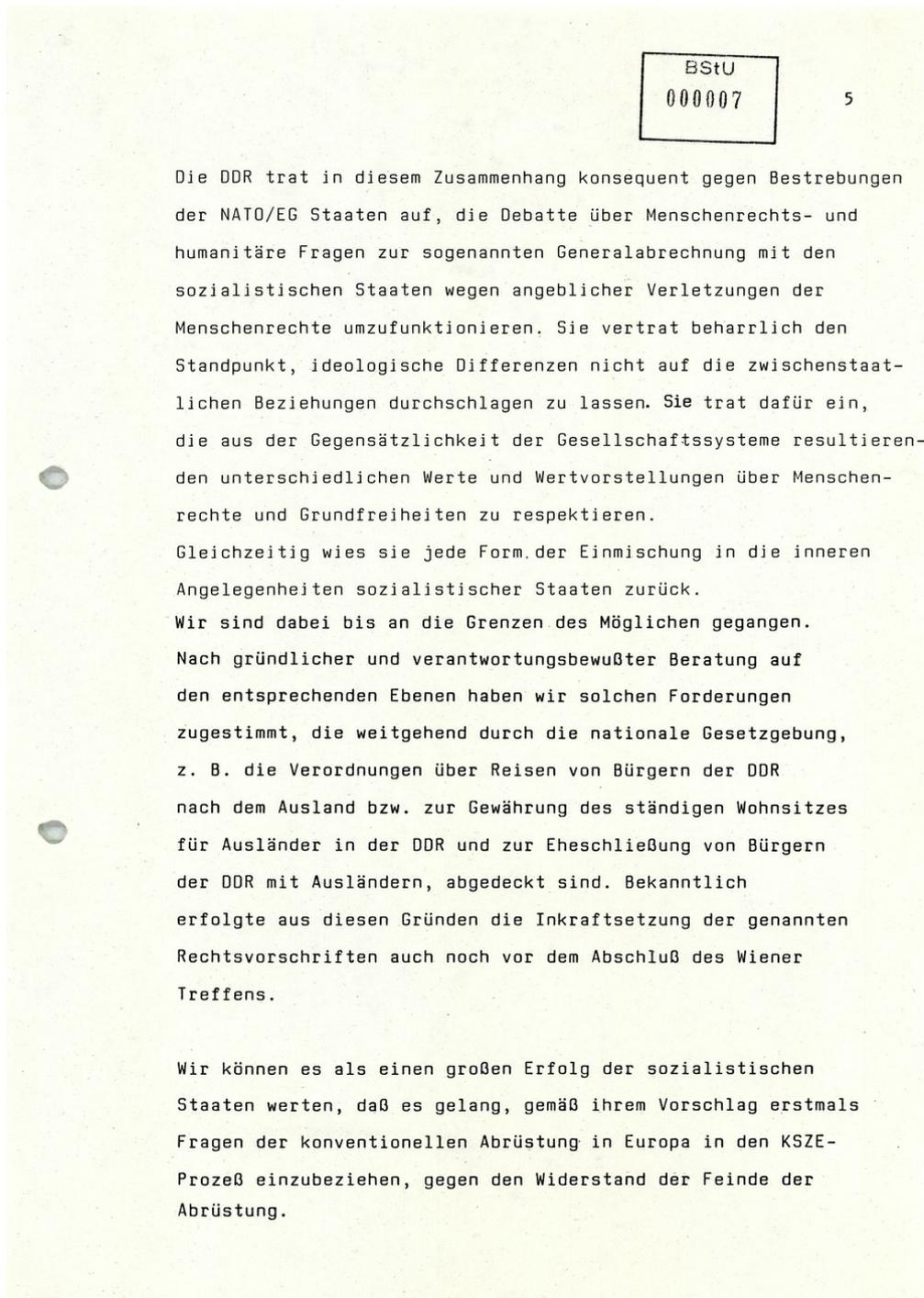
4

- bezüglich der Menschenrechte und Grundfreiheiten offensiv die prinzipielle Position der DDR darzulegen und in diesem Zusammenhang die Errungenschaften und Leistungen der DDR bei der Verwirklichung der Grundrechte und Freiheiten der Menschen in der sozialistischen Gesellschaft überzeugend zu propagieren, wobei der unabdingbare Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit der Sicherung des Friedens und der Durchsetzung grundlegender Menschenrechte zu begründen war;

- bei der Behandlung der Fragen des Austausches auf dem Gebiet der menschlichen Kontakte, der Information, der Kultur und Bildung offensiv und dynamisch aufzutreten, wobei die Sicherheitsinteressen der DDR zu wahren und zu gewährleisten waren, daß der Prinzipienkodex, insbesondere das Recht der Staaten, ihr politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen sowie ihre Gesetze und Verordnungen selbst zu bestimmen, respektiert wird.

Unter diesem Gesichtspunkt legte die DDR dar, welche umfangreichen Leistungen bei der Umsetzung der KSZE-Dokumente erzielt wurden und trat mit konstruktiven Vorschlägen alle Bereiche der KSZE betreffend auf, mit dem Ziel, die Schlußakte nicht nur zu verteidigen und zu erhalten, sondern ihre Bestimmungen sowie das auf vorangegangenen Folgekonferenzen Erreichte im Interesse sozialistischer Außenpolitik in allen Richtungen weiterzuentwickeln.

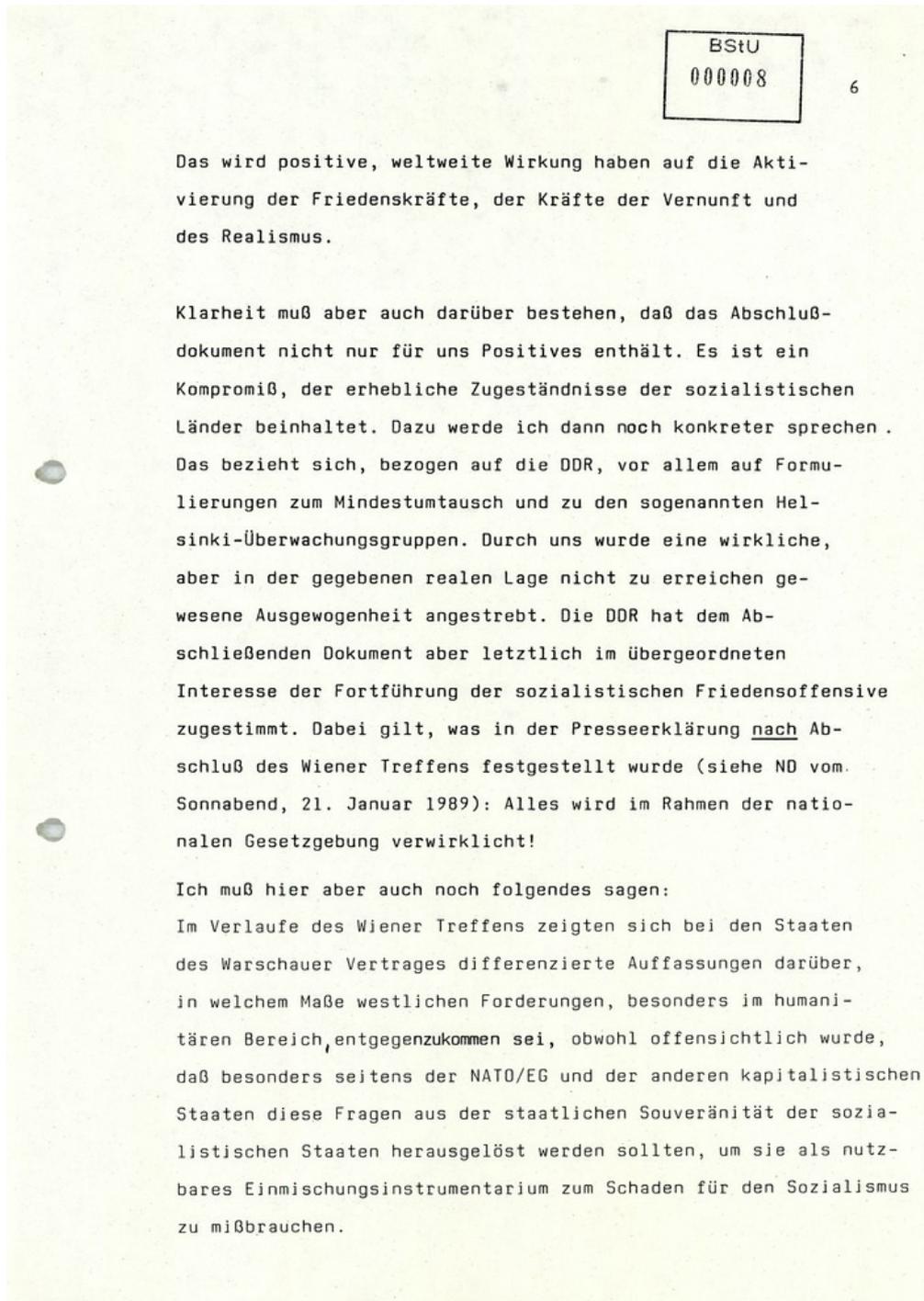
Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl 1-64

Blatt 7

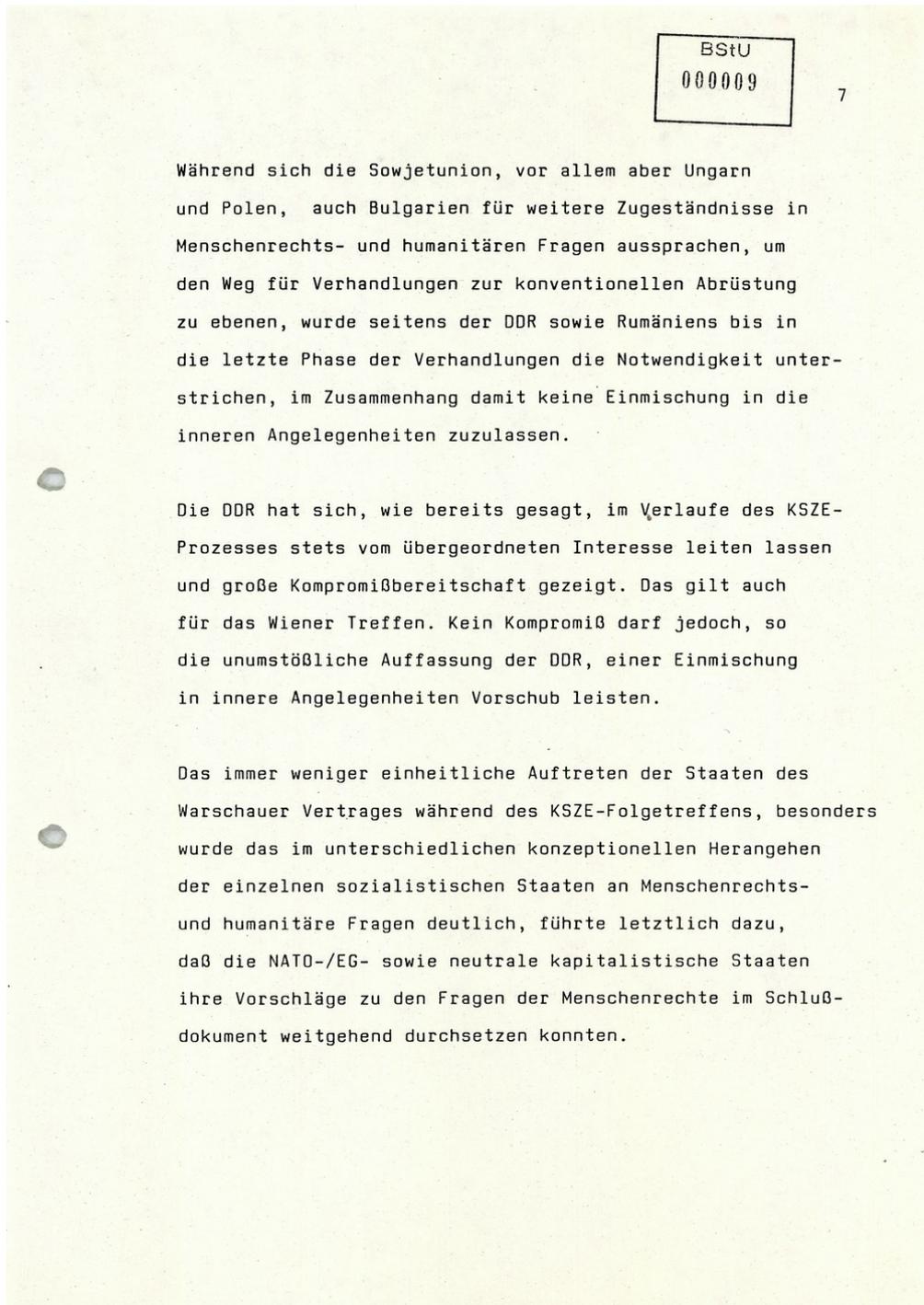
Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64

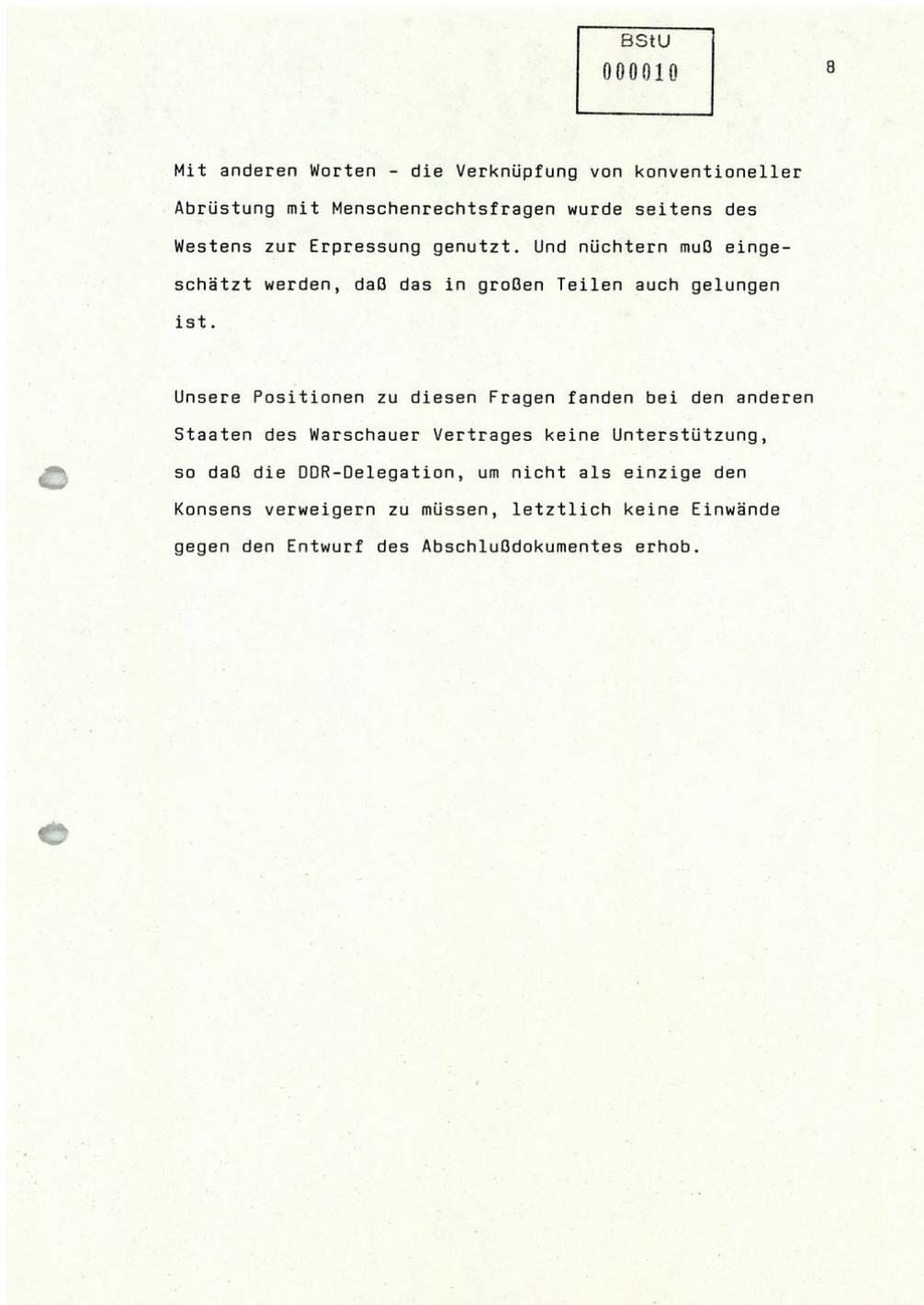
Blatt 8

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64

Blatt 9

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000011

9

Zusammenfassend muß ich hier offen sagen, damit keinerlei Illusionen aufkommen: Obwohl erstmals Fragen der konventionellen Abrüstung in Europa in den KSZE-Prozeß einbezogen werden konnten, müssen wir davon ausgehen, daß die USA und andere NATO-Staaten nicht an raschen Ergebnissen bei den Abrüstungsverhandlungen interessiert sind. Wir haben uns vielmehr auf einen längeren Zeitraum und auf harte Auseinandersetzungen einzustellen. Andererseits gelang es den NATO- und EG-Staaten, mit den Festlegungen im "humanitären Bereich" ein sofort gegen die sozialistischen Staaten nutzbares Einmischungsinstrumentarium zu erreichen.

Genossen!

Notwendig ist, sich umfassend mit dem Inhalt des Dokuments vertraut zu machen, um die sich daraus ergebenden jeweiligen politisch-operativen Konsequenzen, die jetzt schon absehbaren Aufgaben herauszuarbeiten.

Ich möchte hier darauf verweisen, daß mit dem Abdruck von Auszügen im ND am 21. Januar 1989 alles veröffentlicht wurde, was substantielle Bedeutung hat, was politisch wichtig ist. Der hauptsächliche Inhalt wurde publiziert, z. B. die Prinzipien und Aussagen, die zu den einzelnen Bereichen getroffen wurden. Nicht veröffentlicht wurden im wesentlichen bestimmte Detailfragen bzw. Modalitäten und Verfahrensweisen zur Realisierung, Berichte über stattgefundene Expertentreffen oder auch zum Teil Aussagen, die die DDR nicht berühren. Wir haben also alles Wesentliche bekanntgemacht, was vom Westen nicht unbedingt gesagt werden kann. Dennoch fehlt es nicht an Versuchen, uns bereits wieder ungerechtfertigte Weglassungen, Veränderungen usw. zu unterstellen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000012

10

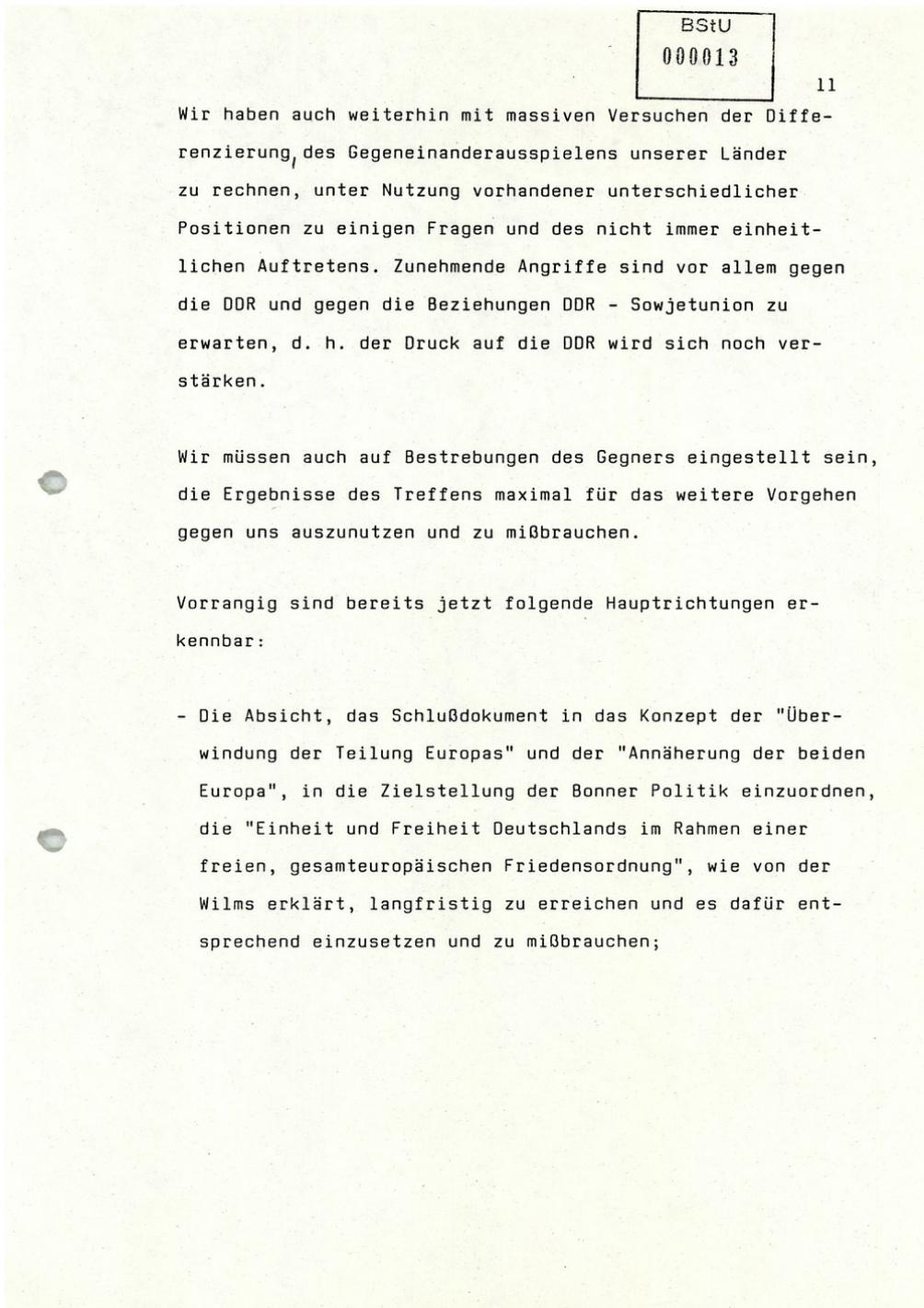
Jeder von Euch hat verfolgt, wie während der gesamten Verhandlungen in Wien imperialistische Kräfte die sozialistischen Staaten angriffen, sich in die inneren Angelegenheiten einmischten, Forderungen stellten, Druck ausübten und dabei von den Medien durch Hetze und Verleumdung massiv unterstützt wurden.

Westliche Außenminister wie Shultz, Howe und Genscher nutzten selbst das Abschlußtreffen für extremistische Ausfälle und verleumderische Angriffe, besonders gegen die DDR.

Und sicherlich war auch die Erklärung des Genossen Schewardnadse nicht dazu angetan, derartige Ausfälle entschieden zurückzuweisen. Insbesondere war es nicht zweckmäßig, vor diesem Forum einzuschätzen, daß das Wiener Treffen am "eisernen Vorhand gerüttelt, seine rostigen Halterungen geschwächt" habe, wie die gegnerischen Angriffe unter Nutzung dieser Aussage zeigen.

Nach dem Wiener Treffen ist eine weitere Steigerung der Hetze und Verleumdung zu verzeichnen. Dabei werden immer deutlicher Versuche erkennbar, zwischen den sozialistischen Staaten zu differenzieren, Sowjetunion, Ungarn, Polen auf der einen, DDR, CSSR und Rumänien auf der anderen Seite.

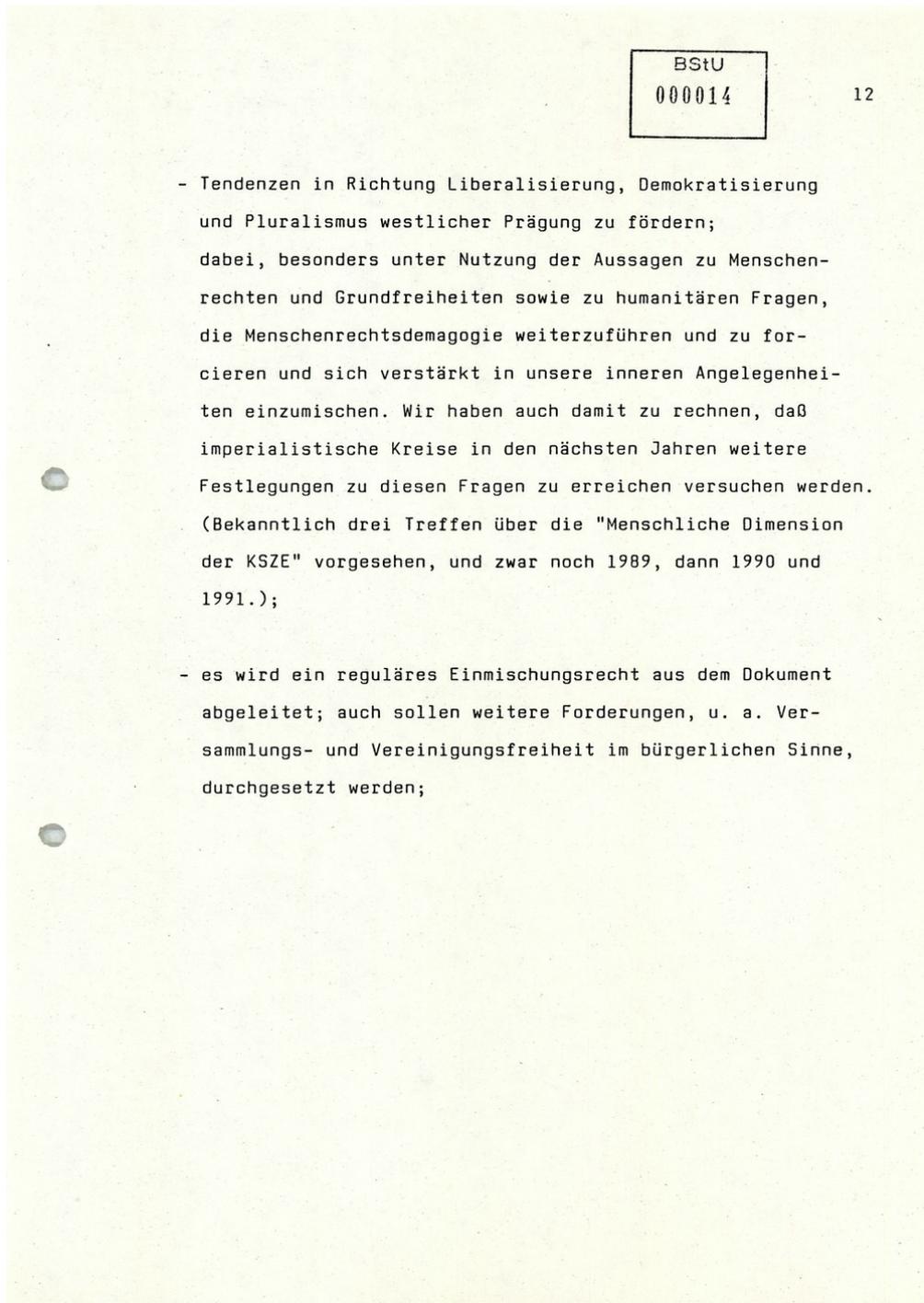
Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



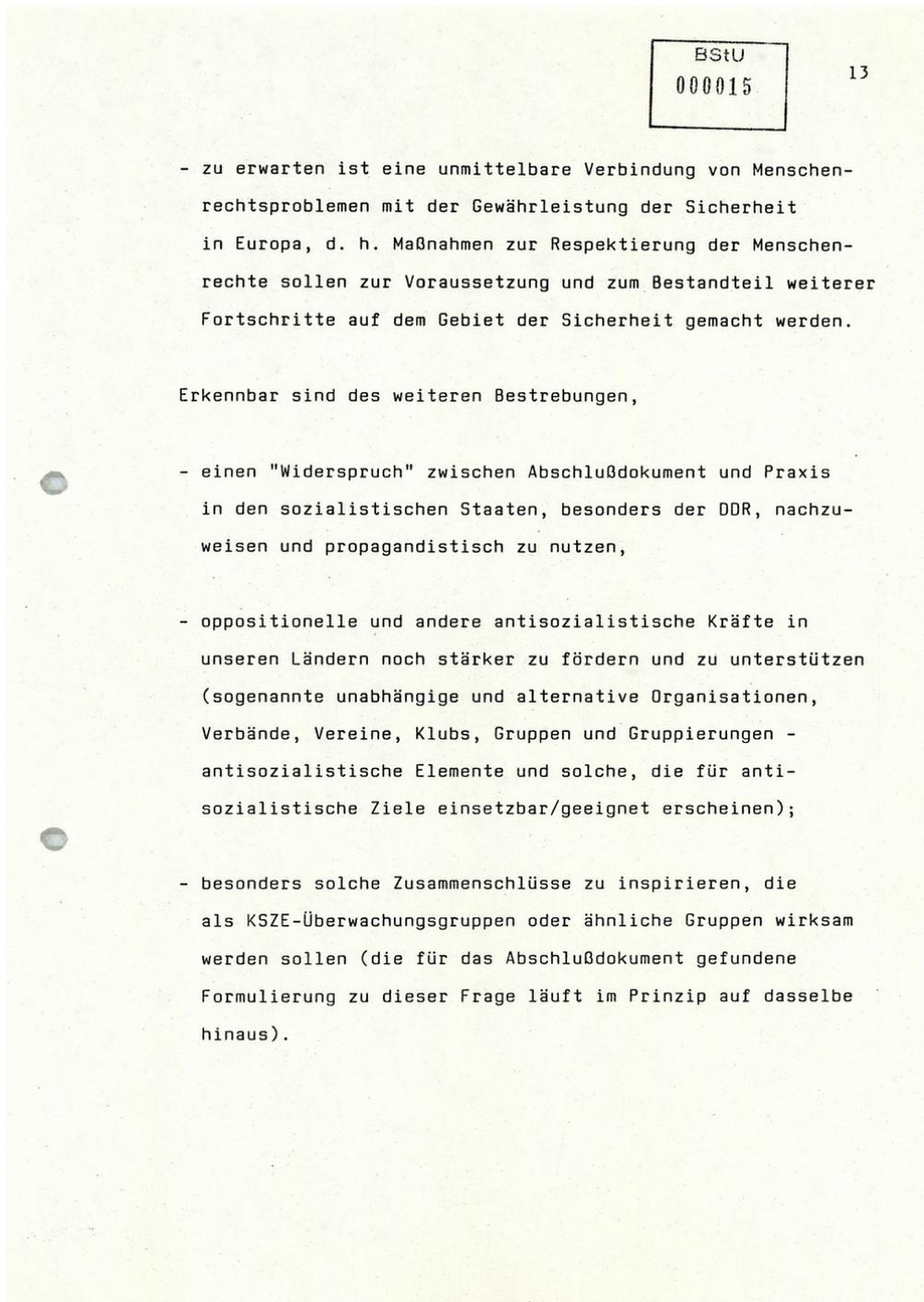
Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64

Blatt 13

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000016

14

Wir müssen beachten, daß es dabei um ein ungehindertes Wirken, um eine legale Tätigkeit feindlicher, oppositioneller Kräfte gehen soll.

Verstärkt wurden auch die Angriffe

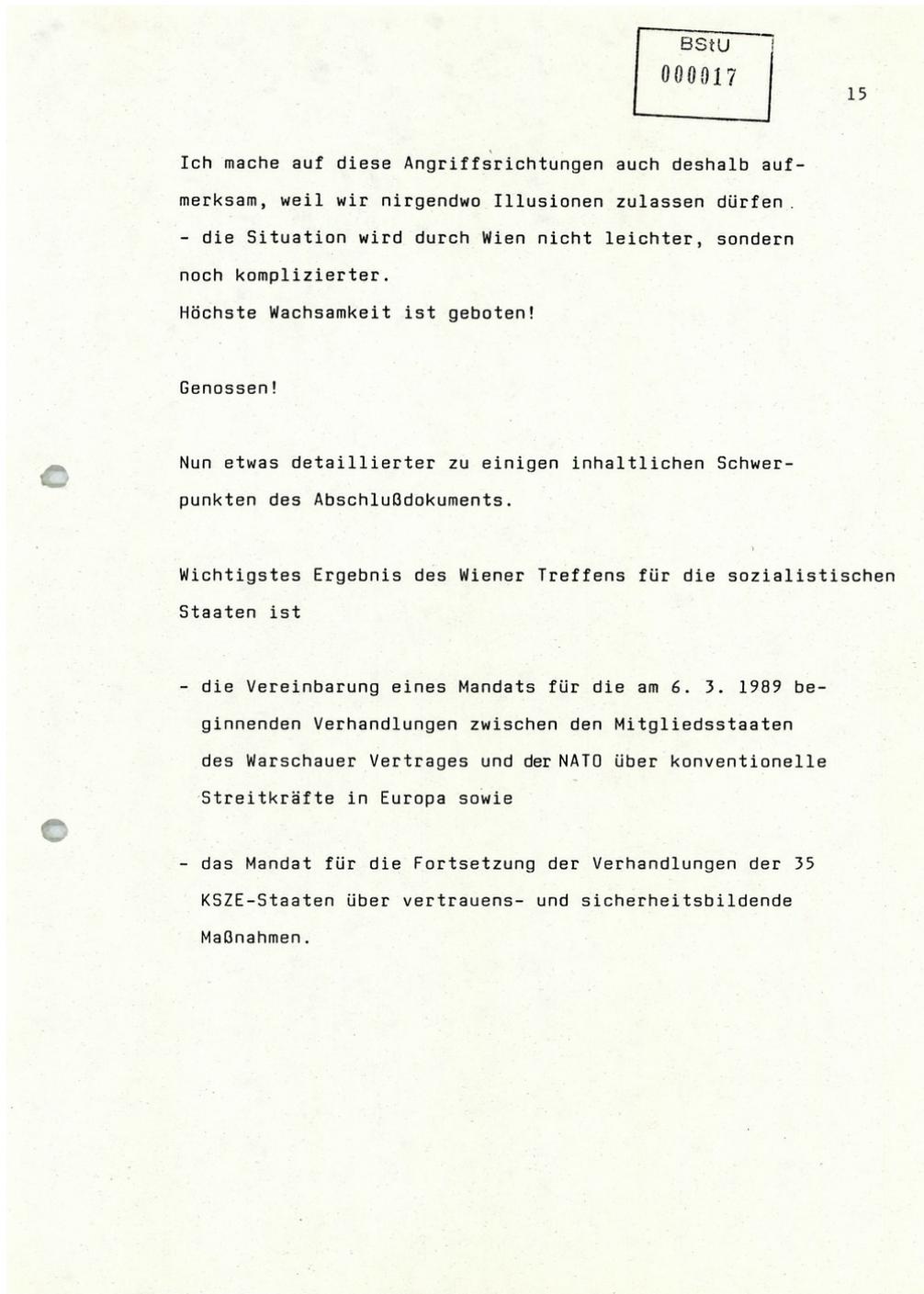
gegen die Grenzsicherung der DDR, gegen die Grenzsicherungsanlagen (die sogenannte Mauer-Problematik rückt immer mehr in den Mittelpunkt der Ausfälle und Verleumdung), die als im Widerspruch zur Politik europäischer Zusammenarbeit und guter Nachbarschaft stehend bezeichnet werden, sowie

gegen die Mindestumtauschregelungen und die Verordnungen zum Reiseverkehr - sie würden nicht den "Verpflichtungen" im Abschlußdokument entsprechen.

In diesem Zusammenhang äußern westliche Politiker die Auffassung, in diesen Fragen gäbe es jetzt mit dem Wiener Dokument ein Berufungsrecht. Offen brachte die Wilms vor der Friedrich-Ebert-Stiftung u. a. zum Ausdruck, daß vor allem die Verbesserung der Menschenrechte zum "innerdeutschen Gesprächsgegenstand" gemacht werden müsse.

Solche Fragen sollten künftig nicht nur Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen mit der DDR sein, sondern auch "legitim" zu Themen bilateraler Gespräche auf allen Ebenen, bis zu den privaten Kontakten, und der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR gemacht werden, und zwar auch mit Unterstützung antisozialistischer Kräfte im Innern der DDR.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64

Blatt 17

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000018

16

Das entsprach dem generellen Ziel der sozialistischen Staaten, keine Pause im Abrüstungsprozeß zuzulassen und zu echten Reduzierungen von Streitkräften und konventionellen Rüstungen - Bewaffnung und Ausrüstung - zu gelangen. Es geht also konkret um Abrüstung auf konventionellem Gebiet auf dem gesamten Kontinent, vom Atlantik bis zum Ural, sowie um die Beseitigung der Fähigkeit zum Überraschungsangriff und zur Auslösung großangelegter offensiver Handlungen auf beiden Seiten. Dieses Ziel soll durch echte Reduzierungen von Streitkräften und konventionellen Rüstungen erreicht werden, ohne andere Maßnahmen auszuschließen.

Ich habe bereits auf vorangegangenen Dienstbesprechungen mehrmals betont, daß der konventionellen Abrüstung immer größere Bedeutung zukommt, da auch konventionelle Waffen verheerende Wirkung haben können, die der Wirkung nuklearer Waffen nahe kommt. Es ist äußerst bedeutsam, daß es den Gegnern der Abrüstung nicht gelang, das Mandat zu verhindern. Wichtig ist auch, daß gegen den Widerstand einiger NATO-Staaten die Waffensysteme doppelter Verwendung, d. h. konventionell und nuklear verwendbare Waffen, in die Verhandlungen mit einbezogen werden. Jedoch werden Kernwaffen, chemische Waffen und die Seestreitkräfte aufgrund der Ablehnung durch die NATO nicht zum Gegenstand dieser Verhandlungen gehören. Was es bedeutet, diese wichtigen militärstrategischen Potentiale nicht einzubeziehen, bedarf sicherlich keiner Erläuterung.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000019

17

Was die Ausarbeitung weiterer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen betrifft, so soll damit die Gefahr einer militärischen Konfrontation in Europa verringert werden.

Eine wesentliche Aufgabe unseres Ministeriums muß darin bestehen, die Positionen der NATO und einzelner NATO-Staaten zu den erwähnten Verhandlungen, ihre damit verbundenen Ziele und Absichten, Forderungen und auch Winkelzüge sowie von ihnen ausgehende Hindernisse und Hemmnisse umfassend aufzuklären und zu analysieren. Das gilt auch für alle Versuche, die Verhandlungen zu unterlaufen, die Rüstungspolitik weiterzuführen und in diesem Bereich immer neue vollendete Tatsachen zu schaffen (Modernisierung des Kernwaffenpotentials und der konventionellen Waffen in Europa, vor allem der atomaren Kurzstreckenraketen der NATO, Entwicklung neuer Waffensysteme.)

Es geht unverändert um die Verhinderung von Überraschungen auf diesem und auf allen anderen Gebieten der Rüstung.

Wichtig ist auch die Aufklärung der internen Reaktionen der NATO bzw. der NATO-Länder auf die einseitigen Abrüstungsmaßnahmen der UdSSR, der DDR u. a. sozialistischer Länder, die in letzter Zeit angekündigt wurden.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

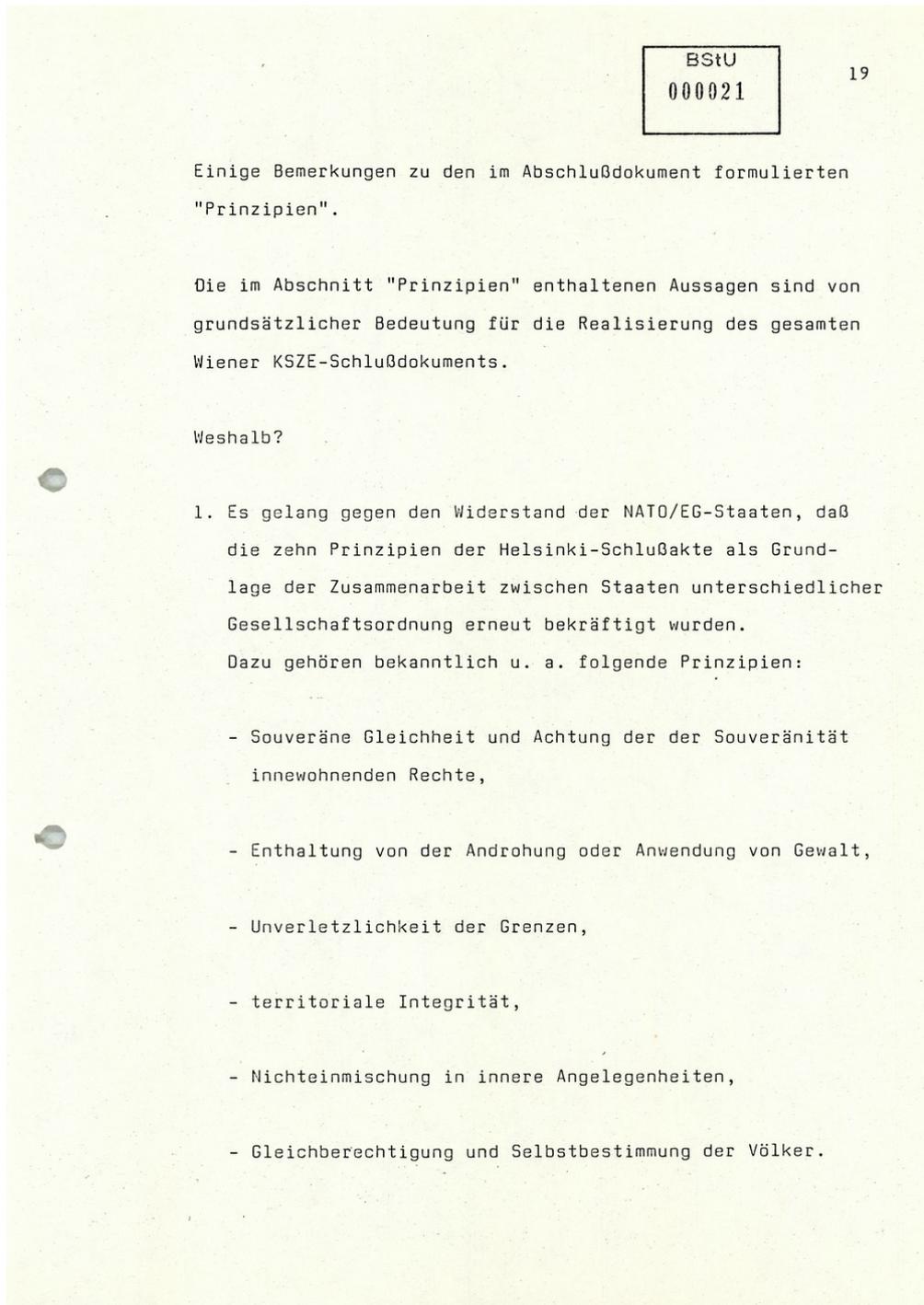
BStU
000020

18

In den genannten Richtungen sind durch die Hauptverwaltung A und weitere verantwortliche Dienstseinheiten weitergehende Überlegungen anzustellen und konkrete Aufgabenstellungen herauszuarbeiten.

Diesem Kreis möchte ich auch mitteilen, daß auf Beschluß des Politbüros durch eine Arbeitsgruppe, in der das Ministerium für Staatssicherheit mitarbeiten wird, die sich aus den Festlegungen des Wiener Treffens für das weitere Vorgehen der DDR im Rahmen des KSZE-Prozesses ergebenden Schlußfolgerungen zu analysieren sind.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000022

20

Damit wurde erreicht, die NATO/EG-Staaten in stabile Koexistenzbedingungen einzubinden, um Fragen der Sicherheit und Entspannung zu einem lebensfähigen Prozeß zu machen, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den KSZE-Staaten zu fördern sowie weitere Fortschritte bei der Stärkung des Vertrauens und der Sicherheit zu erreichen. Die darin liegenden Möglichkeiten muß man richtig sehen und erkennen und durch uns umfassend nutzen.

2. Seitens der sozialistischen Staaten - und daran hat die DDR einen maßgeblichen Anteil - konnte durchgesetzt werden, daß alle Teilnehmerstaaten das Recht jedes Teilnehmerstaates achten werden, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu entwickeln sowie sein Recht, seine Gesetze und Verordnungen, seine Praxis und Politik zu bestimmen.

Das bedeutet, daß jeder Staat seine innere Ordnung selbst bestimmt und die Durchführung der Festlegungen des Wiener KSZE-Abschlußdokuments im Rahmen seiner Gesetze, Verordnungen, Praxis und Politik erfolgt.

Damit ist der Grundsatz bestätigt, daß die Umsetzung der Festlegungen des Wiener KSZE-Abschlußdokuments in die nationale Gesetzgebung durch die freie souveräne Entscheidung der Teilnehmerstaaten vorgenommen wird.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000023

21

Ausgehend davon gab der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR am 20. 1. 1989 die prinzipielle Erklärung ab, wonach die DDR das in Wien Vereinbarte im Rahmen ihrer nationalen Gesetzgebung ausfüllen wird.

Bekräftigt wurde diese Aussage im Abschnitt "Prinzipien" des weiteren durch die Feststellung, daß alle Völker kraft des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker jederzeit das Recht haben, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen.

Diese Aussagen werden für uns die Grundlage bilden, bestimmte Festlegungen des Schlußdokuments, nur entsprechend den konkreten Lagebedingungen der DDR zu realisieren bzw. keine entsprechenden Veränderungen vorzunehmen. Das betrifft z. B. die

"Sogenannten Helsinki-Überwachungsgruppen" und den "Verbindlichen Mindestumtausch".

Dazu dann noch einige Ausführungen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000024

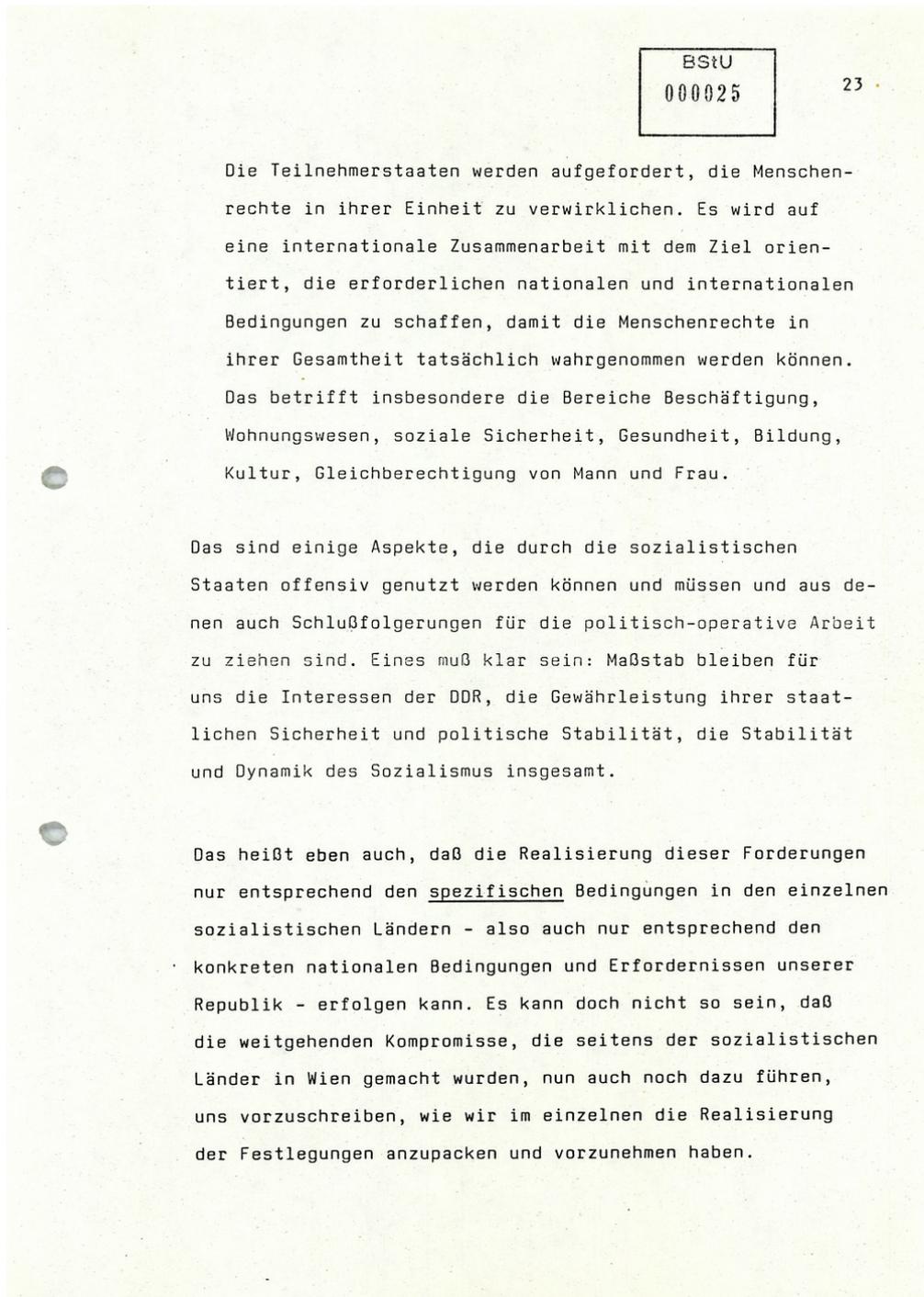
22

Dabei darf es keine Illusionen geben, daß dies natürlich zu erheblichen Angriffen innerer und äußerer Feinde führen wird.

3. Die erstmalige Verankerung der Einheit und wechselseitigen Bedingtheit aller Menschenrechte in einem KSZE-Dokument schafft für die sozialistischen Staaten, insbesondere auch für die DDR, günstigere Voraussetzungen für die weitere Auseinandersetzung mit der imperialistischen Menschenrechtskonzeption. Bekanntlich sind die imperialistischen Staaten bestrebt, die Menschenrechte und darauf ausgerichtete Aktivitäten ausschließlich auf Bürgerrechte und politische Rechte einzuengen und zu begrenzen. Das erfolgt einerseits, um mittels einer einseitigen, einer bürgerlichen Interpretation in der Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus die Konfrontation zu verschärfen, andererseits, um der internationalen Kritik an der Vernachlässigung oder Verletzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte zu entgehen.

Dieser Politik des bewußten Ignorierens der Bedeutung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte kann und muß nunmehr gezielter entgegengewirkt werden.

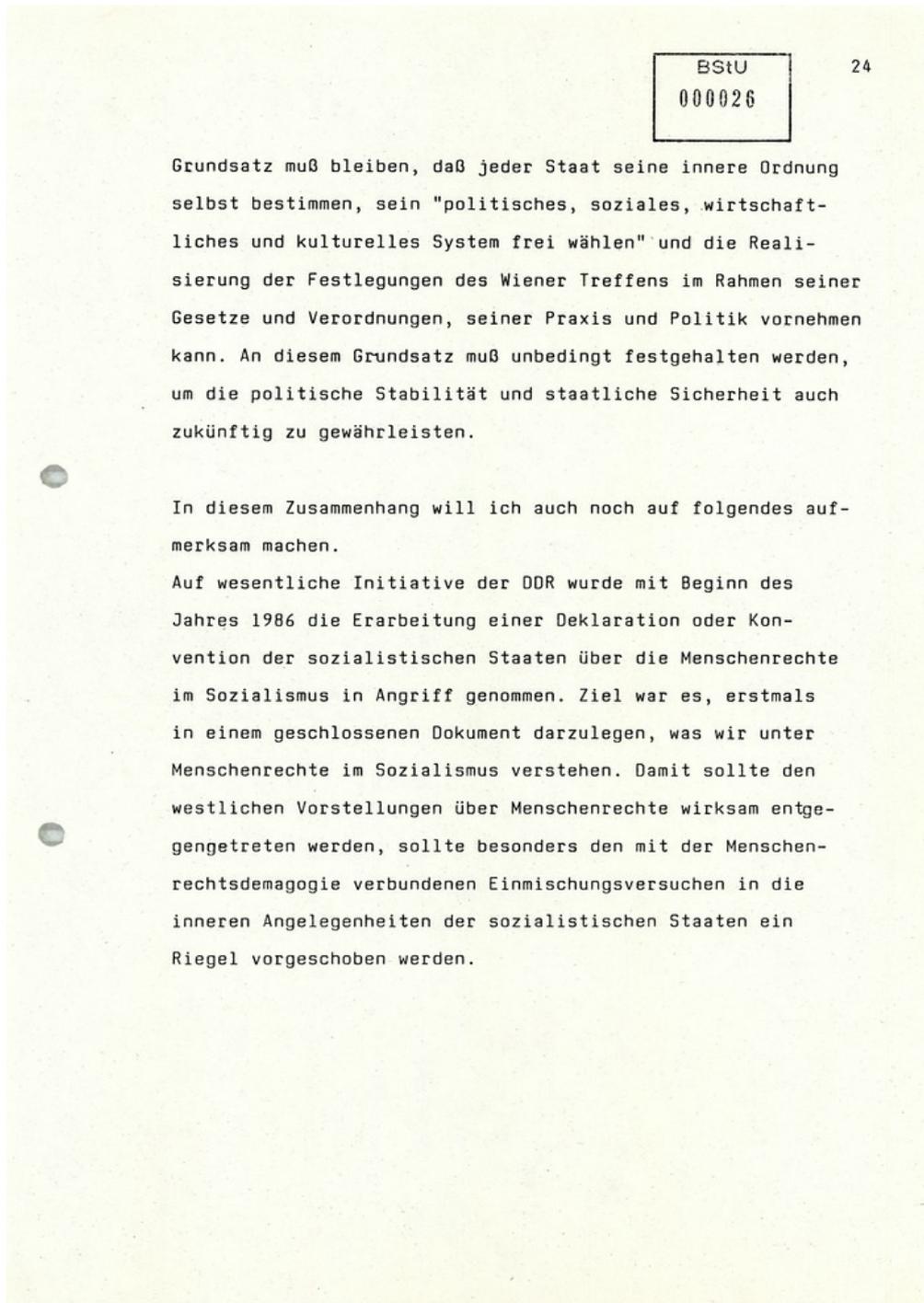
Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl 1-64

Blatt 25

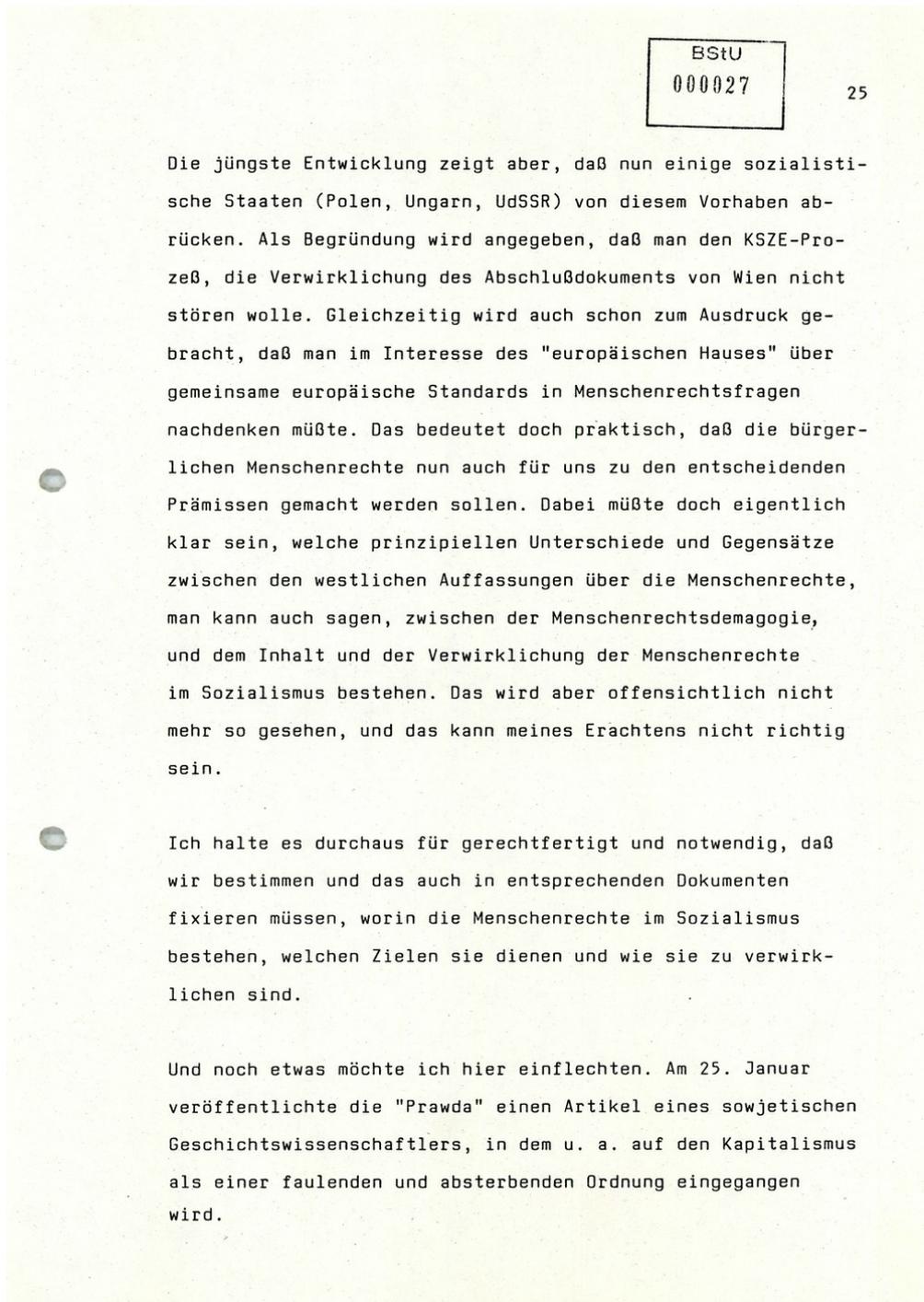
Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, BL 1-64

Blatt 26

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, BL 1-64

Blatt 27

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000028

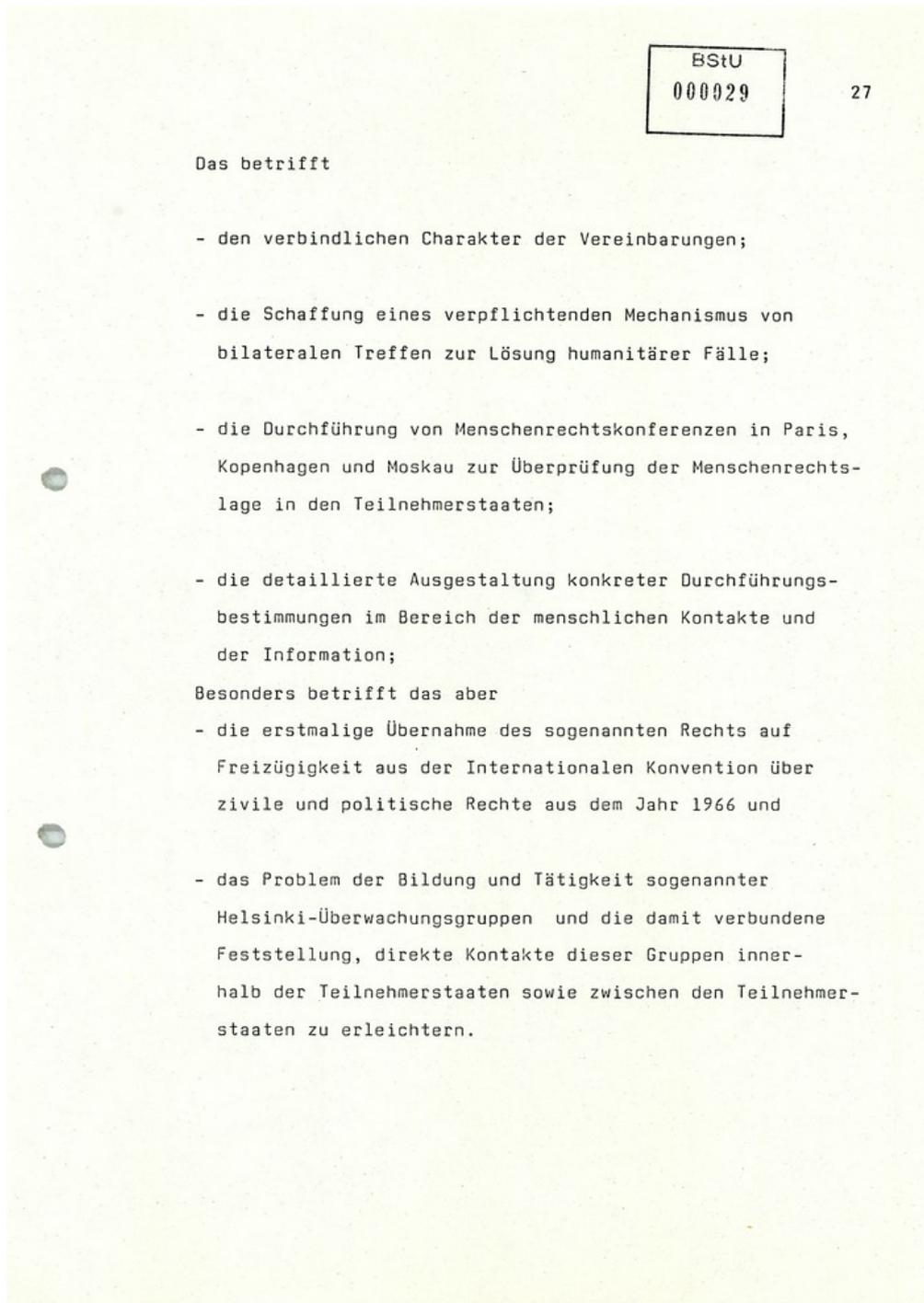
26

Neben vielen richtigen und guten Aussagen enthält er eben auch die Feststellung, man könne heute schwerlich bei einem Besuch in den USA oder in Japan den faulenden Kapitalismus sehen. Offensichtlich geht der Autor nicht mit offenen Augen durch die kapitalistische Welt, denn sonst hätte er die Gebrechen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung doch sehen müssen. Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Bettler, Armut vieler Menschen, Drogensüchtige sowie Rassendiskriminierung, Ausländerfeindlichkeit, mangelnde Gesundheitsfürsorge für die Werktätigen, Bildungsnotstand - um nur einige Erscheinungen zu nennen, sind doch mehr denn je an der Tagesordnung. Die elementaren Menschenrechte, die in unserem Land schon lange Wirklichkeit sind, müssen erst einmal von denen realisiert werden, die sich so gerne zum Wächter in Fragen der Menschenrechte aufschwingen, uns in dieser Hinsicht verleumden und diskreditieren. Wie gesagt, besonders solche Forderungen des Schlußdokuments sind durch uns weitaus offensiver zu nutzen.

Genossen!

Neben dem Positiven müssen wir aber auch einschätzen, daß es den NATO/EG-Staaten mit Unterstützung der neutralen kapitalistischen Staaten gelungen ist, eine Reihe ihrer Forderungen, vor allem zu den Fragen der Menschenrechte, im KSZE-Abschlußdokument, insbesondere auch im Abschnitt Prinzipien, durchzusetzen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000030

28

Unter Anlehnung an Artikel 12 Abs. 2 der vorstehend genannten Konvention wird festgestellt, daß die Teilnehmerstaaten das Recht eines jeden

"auf Ausreise aus jedem Land, darunter auch seinem eigenen, und auf Rückkehr in sein Land"

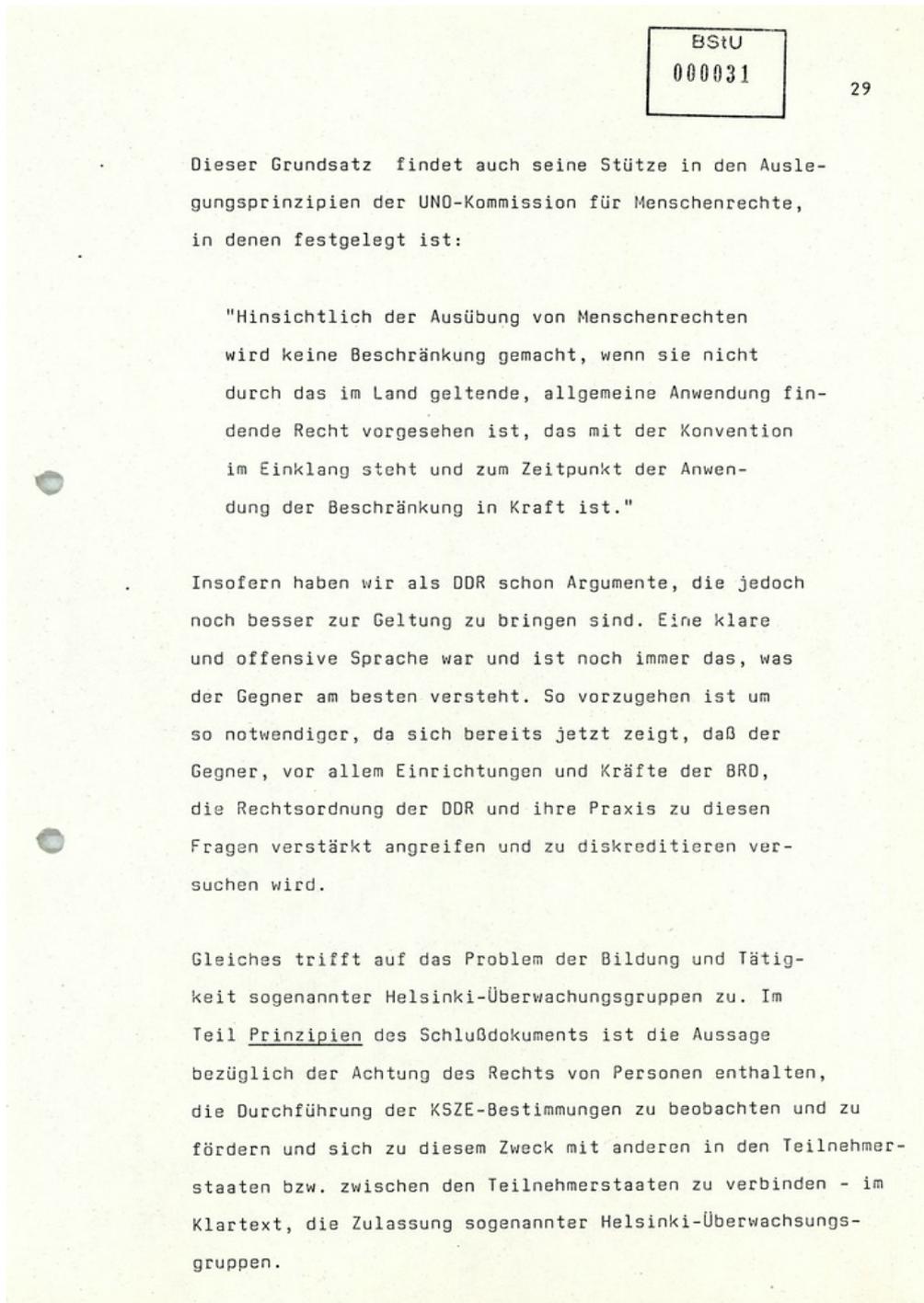
uneingeschränkt achten.

Dieses Recht darf keinerlei Einschränkungen unterliegen, mit Ausnahme jener, die im Gesetz verankert sind bzw. mit völkerrechtlichen Verpflichtungen der Staaten in Einklang stehen.

Bezogen auf die DDR heißt das, daß die in der Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR in das Ausland vom 30. 11. 1988 enthaltenen Versagungsgründe, insbesondere bezüglich ihrer Anwendung bei Privatreisen und ständigen Ausreisen in das nichtsozialistische Ausland, diejenigen Einschränkungen darstellen, die in der nationalen Gesetzgebung der DDR verankert sind.

Es sind solche Versagungsgründe, die unter Beachtung des Artikels 12 Abs. 3 der Internationalen Konvention über zivile und politische Rechte zum Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, Gesundheit oder Moral oder der Rechte und Freiheiten anderer notwendig sind und eine entsprechende Ausgestaltung in der Verordnung erfahren haben.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, BL 1-64

Blatt 31

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000032

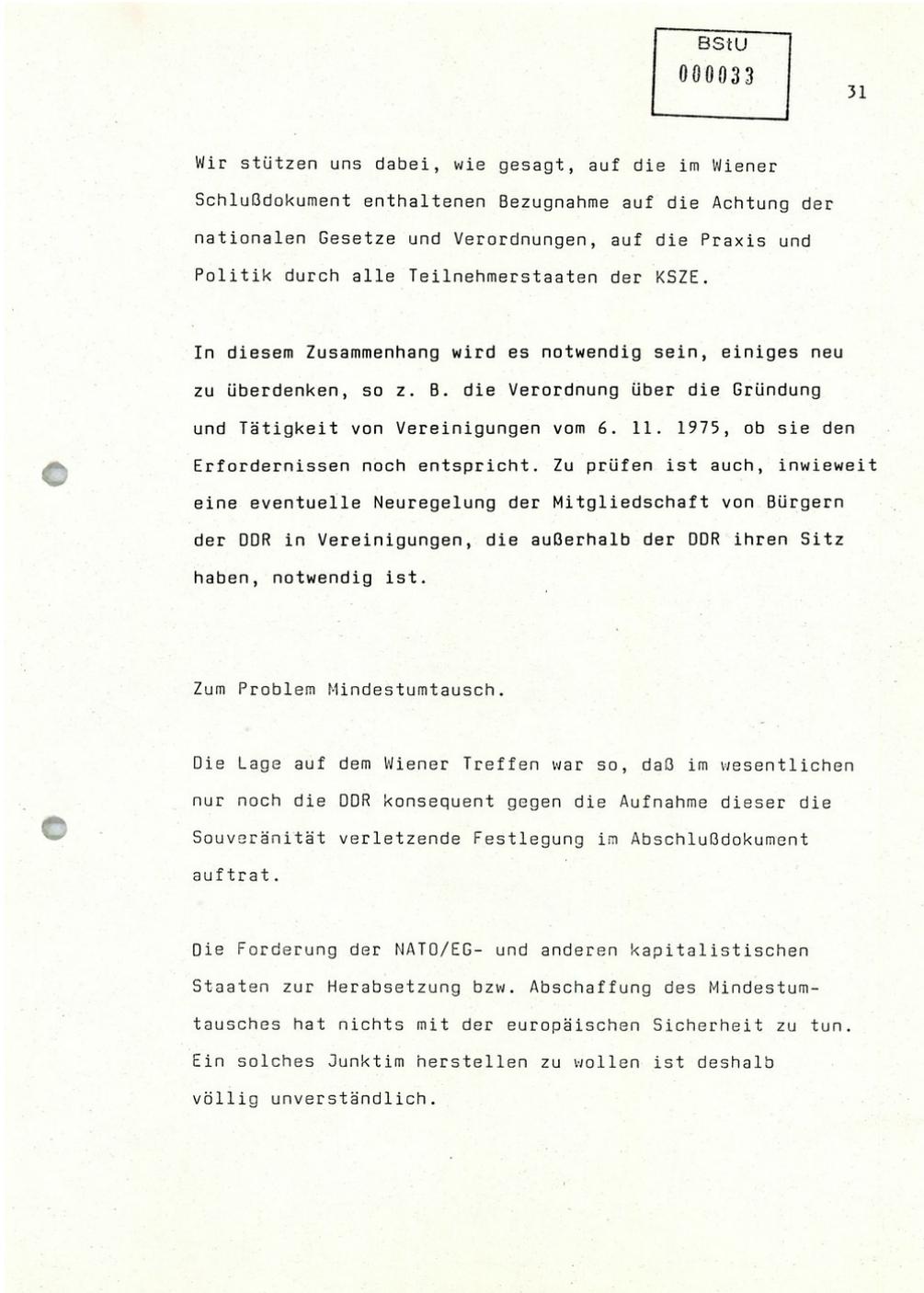
30

Jedem hier ist klar, was sich unter sogenannten Helsinki-Beobachtungsgruppen verbirgt. Die Legalisierung von Aktivitäten sogenannter Helsinki-Überwachungsgruppen würde unter den konkreten Lagebedingungen der DDR erhebliche innen- und außenpolitische Wirkungen nach sich ziehen. Unter diesem Deckmantel würden sich staatsfeindliche Gruppen und Kräfte in der DDR legal organisieren können und offen durch den Gegner und seine Einrichtungen unterstützt unter angeblicher Wahrung der Menschenrechte sowie pseudopazifistischer Losungen mit öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR auftreten.

Daran ändern auch die im Schlußdokument enthaltenen Festlegungen zur Achtung der nationalen Gesetzgebung nichts, denn eine Unterbindung derartiger staatsfeindlicher Aktivitäten wäre nur mit Repressivmaßnahmen zu erreichen. Ein solches Vorgehen der Schutz- und Sicherheitsorgane und die Anwendung der geltenden Rechtsvorschriften zur strafrechtlichen Verfolgung derartiger Kräfte würde wiederum zu massiven feindlichen Verleumdungen führen.

Entsprechend einer zentralen Entscheidung werden wir deshalb eine Legalisierung der sogenannten Helsinki-Überwachungsgruppen in der DDR nicht zulassen und unsere diesbezüglichen Rechtsvorschriften so gestalten und anwenden, daß jegliches Tätigwerden dieser Gruppen verhindert wird.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64

Blatt 33

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BSU
000034

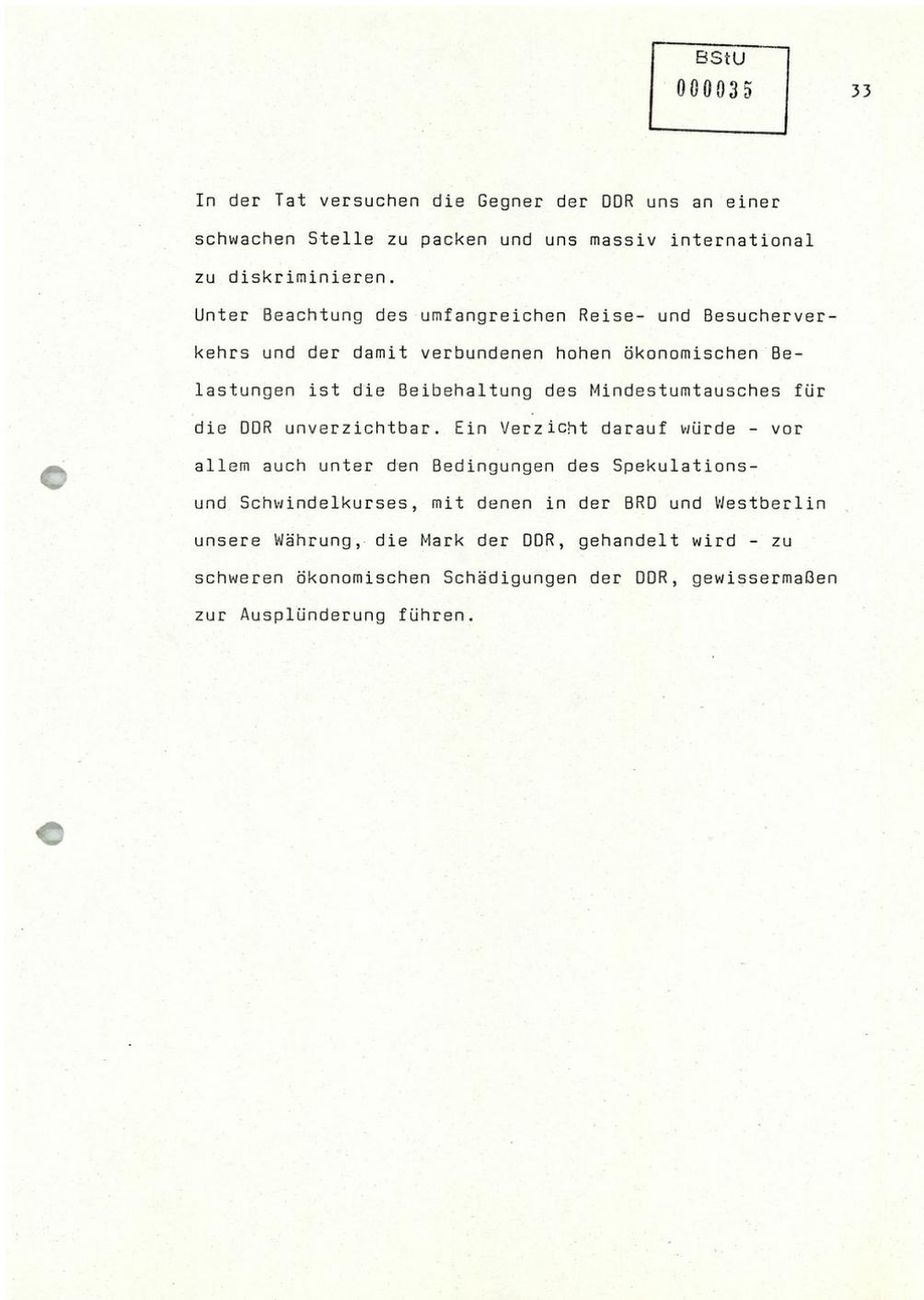
32

Im Teil ökonomische bzw. humanitäre Fragen sind Aussagen enthalten

zur schrittweisen Abschaffung der für ausländische Touristen bestehenden Erfordernisse, ein Minimum an Währung einzuwechseln, einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen bzw. die Möglichkeiten für eine schrittweise Herabsetzung und schließliche Abschaffung aller etwaiger Erfordernisse an Reisende, Landeswährung über tatsächliche Ausgaben hinaus zu erwerben, zu prüfen. Das soll vorrangig bei solchen Personen geschehen, die zum Zweck von Familienbegegnungen reisen. Es geht also im Endeffekt darum, den Mindestumtausch herabzusetzen bzw. abzuschaffen.

In der bereits angeführten Rede der Wilms wird gefordert, "daß der für menschliche Begegnungen hinderliche Mindestumtausch zugunsten der Reisenden korrigiert, seine Herabsetzung und schließliche Abschaffung in Erwägung zu ziehen und nicht lediglich zu überprüfen sind", wie das im "Neuen Deutschland" veröffentlicht wurde. In dieser Richtung gibt es zahlreiche weitere Äußerungen und Veröffentlichungen in den westlichen Medien.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64

Blatt 35

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000036

34

In der DDR werden bekanntlich durch hohe Subventionen vor allem die Preise jener Waren und Dienstleistungen niedrig gehalten, die auch von Besuchern aus der BRD u. a. kapitalistischen Staaten in Anspruch genommen werden. Die Werktätigen der DDR sind nicht einverstanden, sich ausplündern zu lassen und für die Bürger der BRD zu arbeiten, die nach den Erklärungen Kohls **das reichste Land** Westeuropas ist. Im übrigen hat die DDR den Mindestumtausch bereits verringert. Für Kinder und Jugendliche wurde er abgeschafft, für Rentner halbiert. Nicht ausgegebene Geldmittel können bei Banken oder an den Grenzübergangsstellen hinterlegt werden und stehen dem Reisenden bei erneuter Einreise zur Verfügung.

Es ist klar, daß wir innerstaatlich unverändert an den bisherigen Regelungen zu den Problemen des Mindestumtausches festhalten.

Zu einigen wesentlichen, politisch bzw. politisch-operativ zu beachtenden Gesichtspunkten im Zusammenhang mit dem Abschnitt über "Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt".

Dieser Abschnitt enthält einerseits nicht in allen Fragen die von der DDR-Seite angestrebten, für erforderlich gehaltenen Festlegungen bzw. Empfehlungen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000037

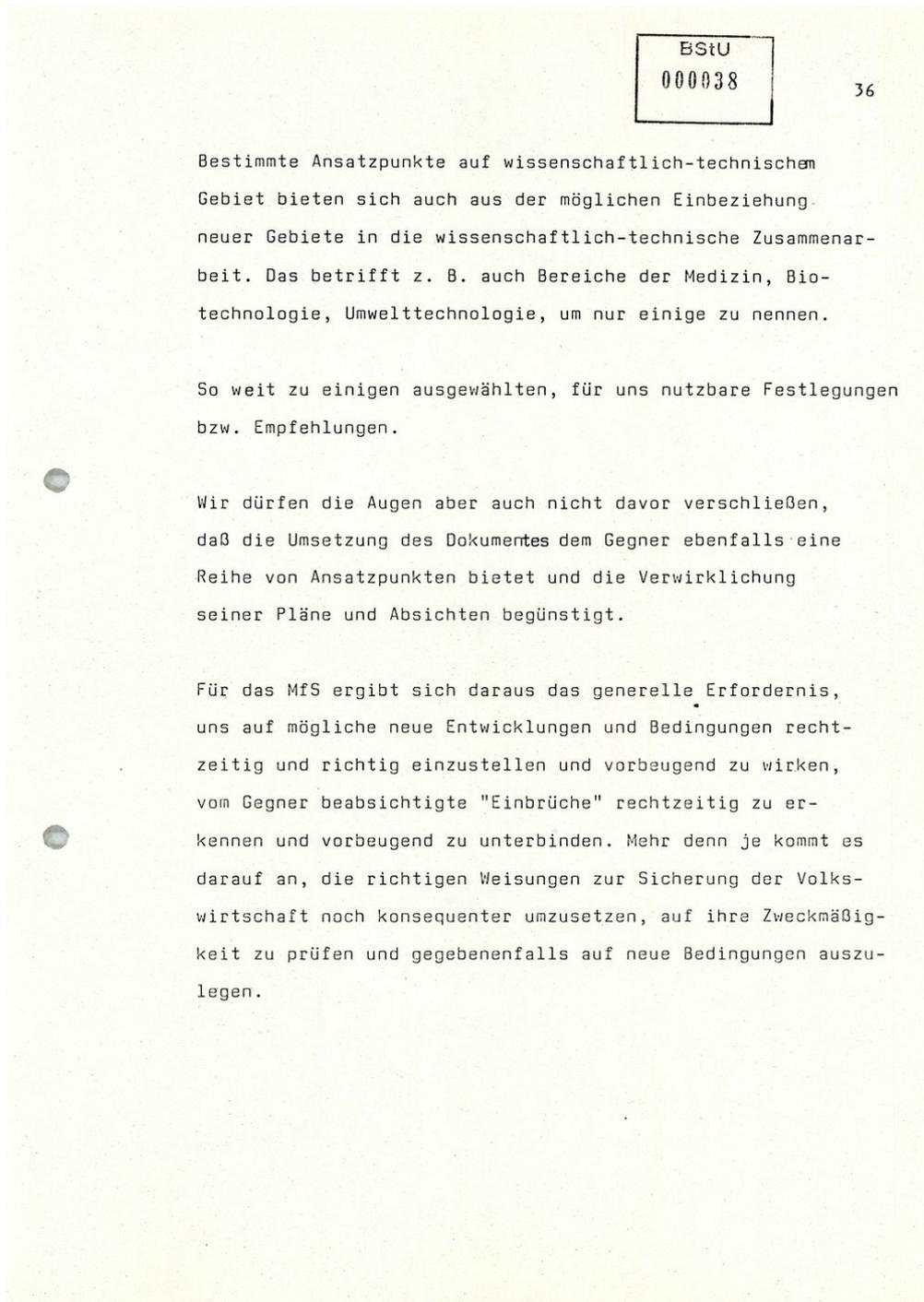
35

Er bietet andererseits jedoch eine Reihe von Ansatzpunkten, um die Politik der sozialistischen Staaten, darunter der DDR, zur Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie der weiteren Entwicklung wissenschaftlich-technischer Beziehungen stärkeren Nachdruck zu verleihen.

Das bezieht sich besonders auf solche Probleme wie

- Förderung der weiteren Entwicklung stabiler, ausgewogener Wirtschaftsbeziehungen im Interesse aller Staaten,
- Entwicklung günstiger Bedingungen für Handel und industrielle Kooperation,
- Fortsetzung der Bemühungen, Handelshemmnisse jeglicher Art abzubauen und schrittweise zu beseitigen (das müßte sich z. B. auf die Probleme COCOM-Liste, Importrestriktionen, Kontingentierungspolitik beziehen),
- Aktivitäten zur Erleichterung des internationalen Handels, insbesondere bei Erzeugnissen, die obligatorischen Prüfverfahren unterliegen, gegenseitige Anerkennung staatlicher Prüf- und Bescheinigungsverfahren und Förderung der Zusammenarbeit entsprechender Gremien.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl 1-64

Blatt 38

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000039

37

Gründliche Überlegungen sind in Vorbereitung auf die spezielle Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (vom 19. März bis 11. April 1990 in Bonn) sowie das Umweltschutztreffen (vom 16. Oktober bis 3. November 1989 in Sofia) anzustellen. Darauf müssen wir uns einstellen und unsere Gedanken und Vorstellungen einbringen.

Heute möchte ich zunächst nur auf einige Probleme hinweisen, die unsere operative Aufmerksamkeit erfordern.

Das betrifft u. a. die vorgesehene Förderung direkter Kontakte von Geschäftsleuten, schon dieser Begriff ist vielseitig auslegbar, von potentiellen Käufern und Endabnehmern, die angestrebten Kontakte an Ort und Stelle zur Abwicklung beabsichtigter oder bereits angelaufener Geschäfte. Die ins Auge gefaßten Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedignungen dieser Leute, z. B. hinsichtlich Akkreditierung, Kommunikationsmöglichkeiten, Vereinfachung von Visaerteilung und Zollabfertigung, werfen eine ganze Palette an operativen Problemen auf, die neu zu durchdenken sind. Ich verweise nur beispielhaft auf die konsequentere Umsetzung der Realisierungskonzeption zur Aufklärung aus kommerziellen Gründen Einreisender und auf die Notwendigkeit, hier einen gewissen Zeitverlust schnellstens aufzuholen. Stärker denn je ist es notwendig, sogenannte schwarze Schafe herauszufinden, auf die wir unsere Kräfte und Mittel konzentrieren müssen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000040

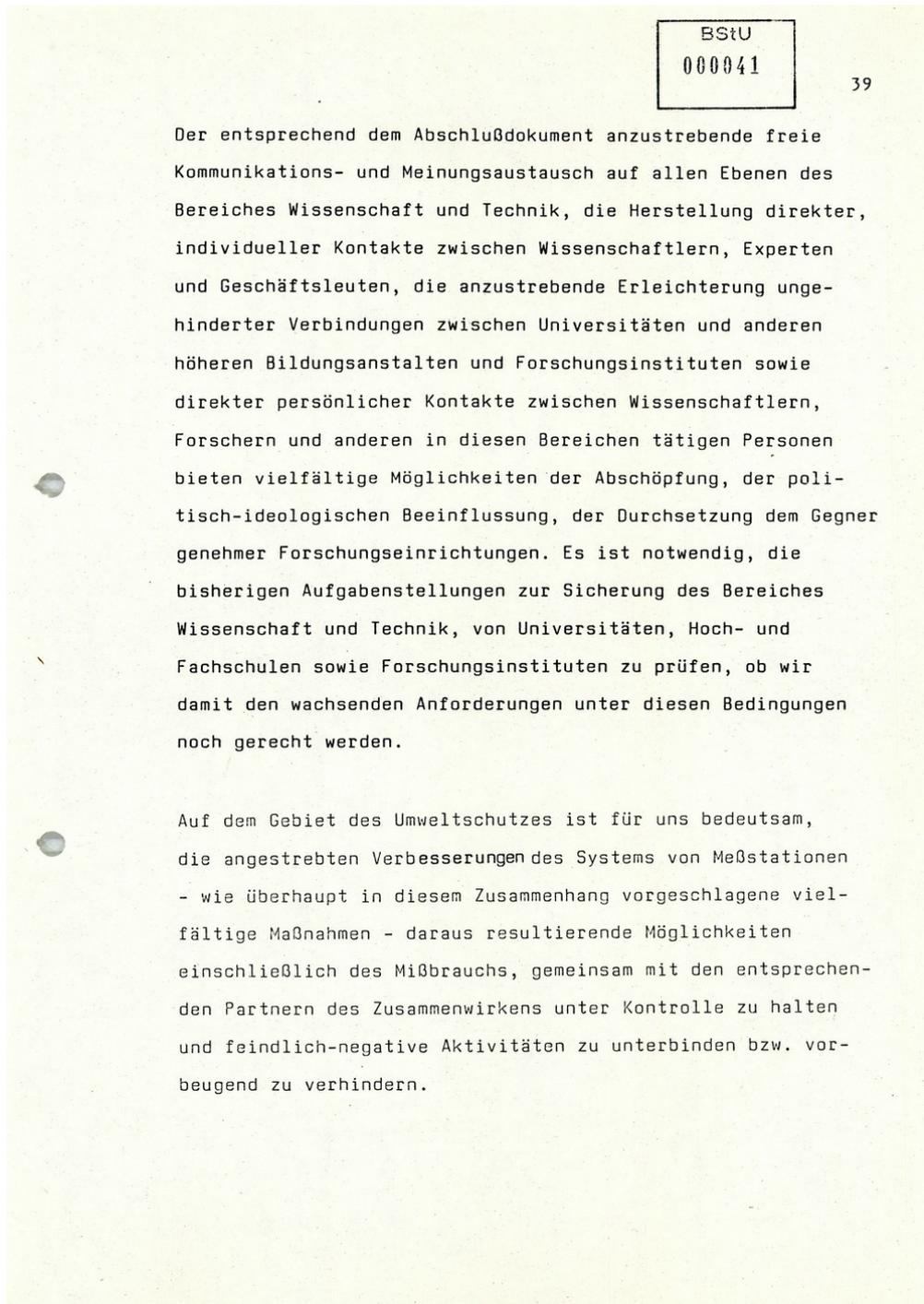
38

Wachsende Bedeutung erhält der Geheimnisschutz. Mit den Partnern des Zusammenwirkens ist jetzt noch stärker Einfluß auf Geheimnisträger, Reise-, Auslands- und Verhandlungskader zu nehmen, um ein Abfließen geheimzuhaltender Informationen nach Möglichkeit zu verhindern. Überhaupt müssen Fragen des Geheimnisschutzes auch bei vielen anderen Problemen eine wesentlich größere Rolle spielen.

In unsere operativen Überlegungen sind verstärkt die zukünftige Rolle kleinerer und mittlerer Betriebe, aber auch die Aktivitäten entstehender Marktbearbeitungsfirmen, die für sie günstigere Bedingungen anstreben, einzubeziehen (offizielle Tätigkeit möglicherweise Deckmantel, erstgenannte Betriebe erfüllten in Vergangenheit oftmals Aufträge imperialistischer Geheimdienste).

Bei der Bereitstellung umfassender wirtschaftlicher Informationen - einschließlich Angaben zur Zahlungsbilanz -, gilt es zu beachten, daß das angeblich damit verfolgte leichtere Erfassen von Marktchancen auch noch günstigere Möglichkeiten zum Erkennen von Ansatzpunkten für eine ökonomische Störtätigkeit bietet, eine Nutzung also gerade im umgekehrten Sinn erfolgen kann. Sorgfältige Prüfungen, was an Informationen herausgegeben werden kann, sind unabdingbar, und wir sollten in dieser Hinsicht unseren ganzen Einfluß geltend machen.

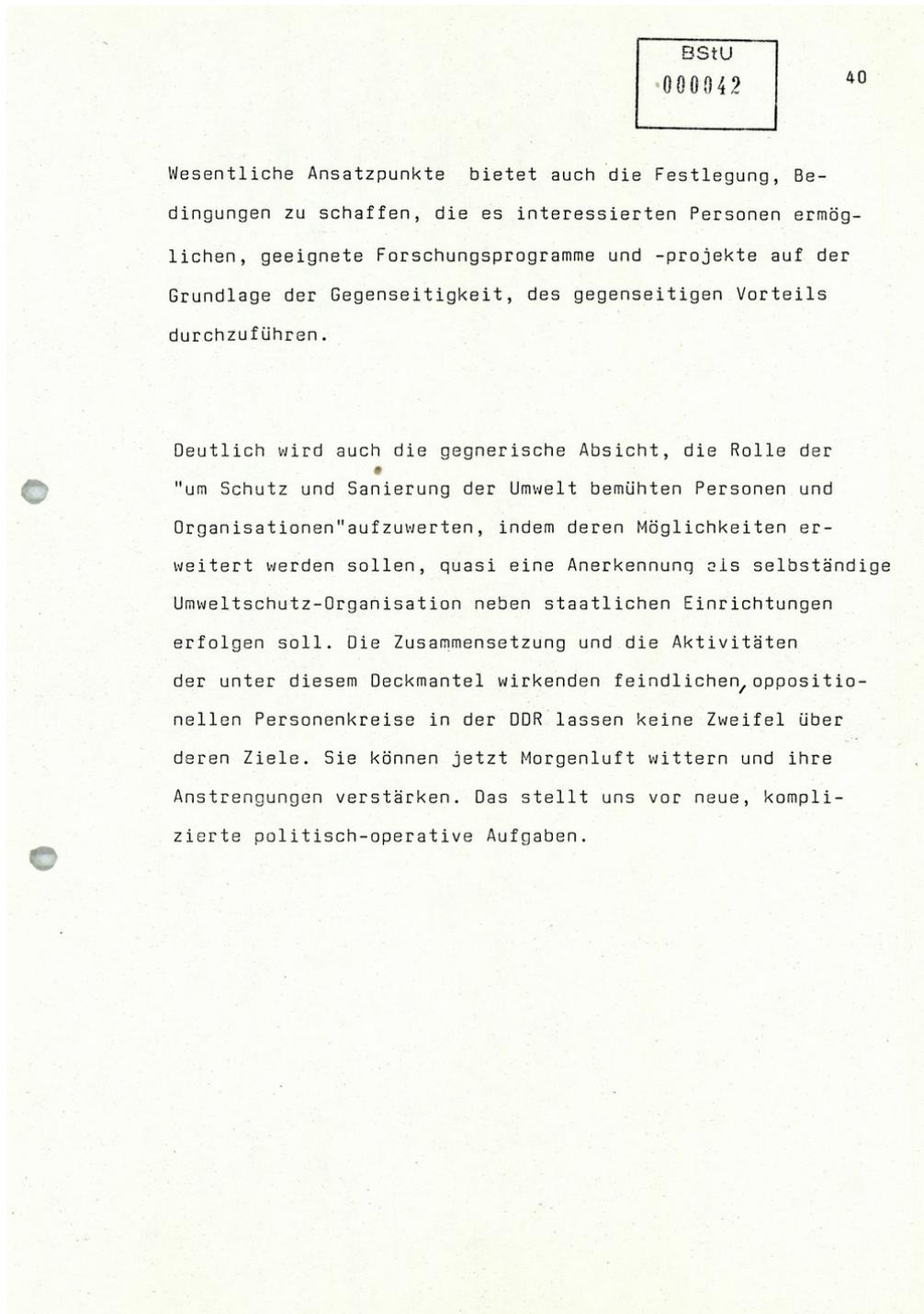
Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, BL 1-64

Blatt 41

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl 1-64

Blatt 42

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BSU
000043

41

Einige Bemerkungen zum Abschnitt "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen".

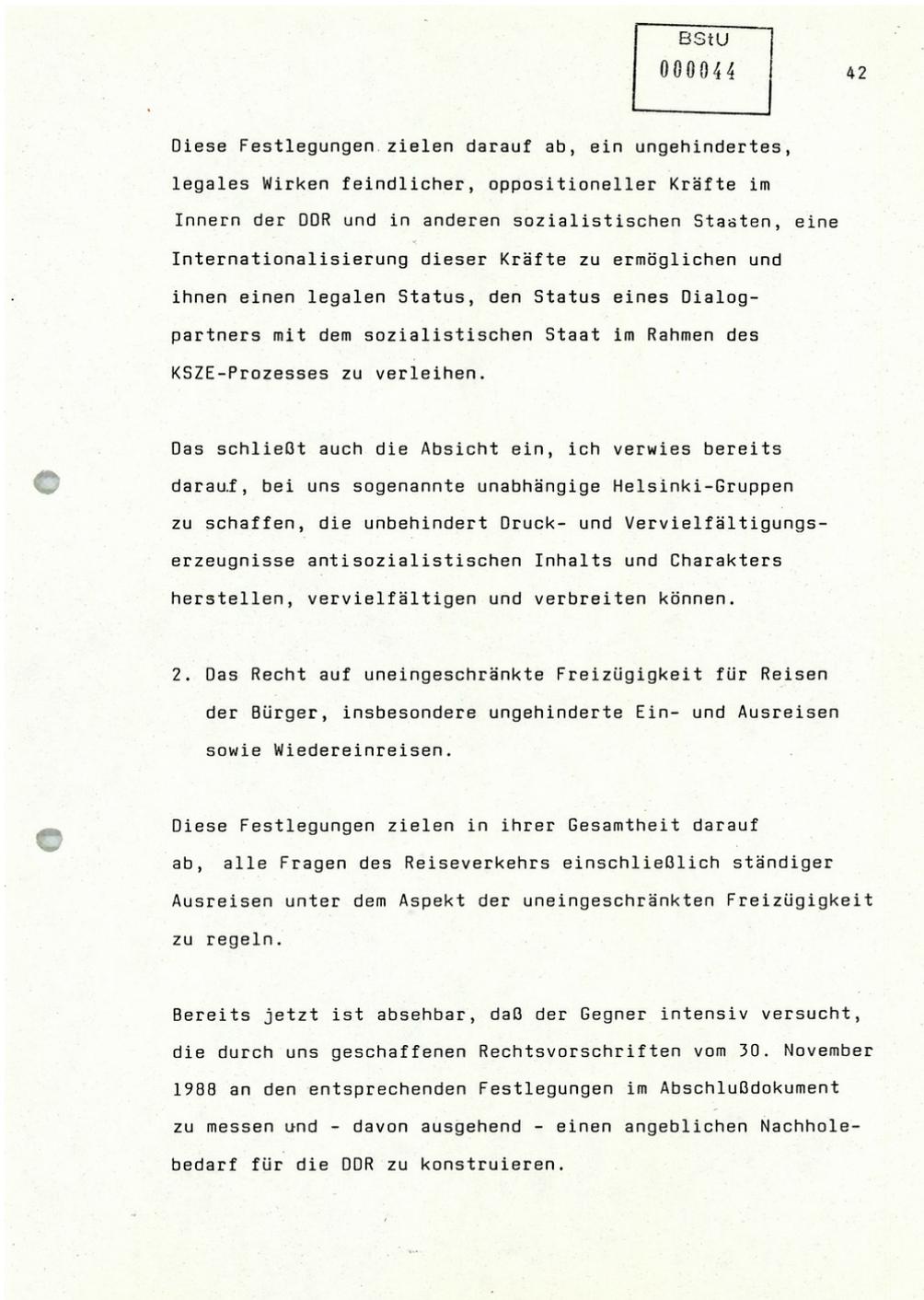
Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß es hier den NATO- und EG-Staaten gelungen ist, ihre Vorstellungen und Vorschläge zu den Fragen Menschenrechte und Grundfreiheiten weitgehend im Schlußdokument durchzusetzen.

Folgende, im Prinzipienteil bzw. im Komplex "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" des Abschlußdokumentes enthaltene Festlegungen berühren in besonderem Maße die Sicherheitsinteressen der DDR:

1. Das Recht von Personen, die Durchführung der KSZE-Bestimmungen zu beobachten und zu fördern, sich mit anderen zu diesem Zweck zusammenzuschließen sowie direkte Kontakte und Kommunikation zwischen diesen Personen innerhalb der Teilnehmerstaaten sowie zwischen Teilnehmerstaaten aufrechtzuerhalten. Zum Teil bin ich an anderer Stelle schon darauf eingegangen.

Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang besonders die Festlegung, daß Einzelpersonen ihre Informationsquellen frei wählen können und ihnen gestattet wird, alle Arten von Informationsmaterial zu erwerben, zu besitzen, zu reproduzieren und weiterzugeben.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl 1-64

Blatt 44

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BSU
000045

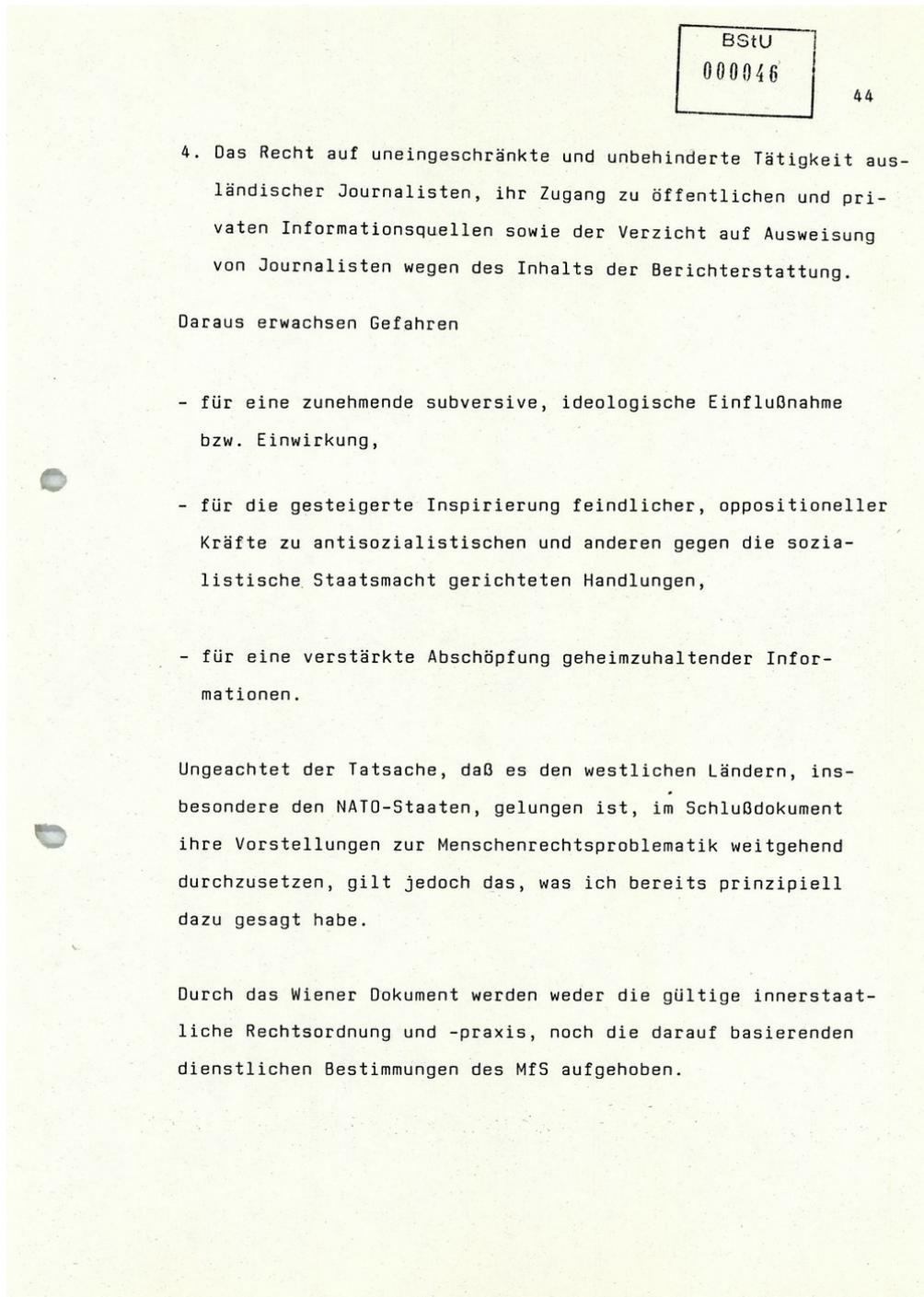
43

Ich werde auf diese Fragen, insbesondere hinsichtlich der bisherigen Erkenntnisse und Erfahrungen bei der Anwendung der neuen Rechtsvorschriften und die sich daraus ergebenden politisch-operativen Konsequenzen und Erfordernisse, in einer vorgesehenen Dienstbesprechung zurückkommen.

3. Die Festschreibung direkter, individueller Kontakte und ungehinderter Verbindungen von Personen, Gruppen, Einrichtungen, Institutionen u. ä. mit Partnern in anderen Staaten.

Damit sollen Voraussetzungen für eine wesentliche Erweiterung unkontrollierbarer Kontakte geschaffen werden, besonders von Jugendlichen, in den Bereichen Bildung/Erziehung, Wissenschaft, Kunst/Kultur, Sport sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften. BRD-Politikern geht es - wie sie das selbst formulieren - um die Vermehrung und vor allem "bürgernähere Gestaltung" der Städtepartnerschaften, d. h. Verlagerung auf die Ebene breiter persönlicher Kontakte und Beziehungen, um die Entwicklung des Tourismus in beiden Richtungen, um mehr Sportbegegnungen, Erfahrungsaustausche und Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung und in anderen Berufsfeldern, um noch dichtere Kulturkontakte und noch reicheren Kulturaustausch - nicht nur auf Spitzenebene - bis hin zur Zulassung westlicher Tageszeitungen und politischer Zeitschriften in der DDR.

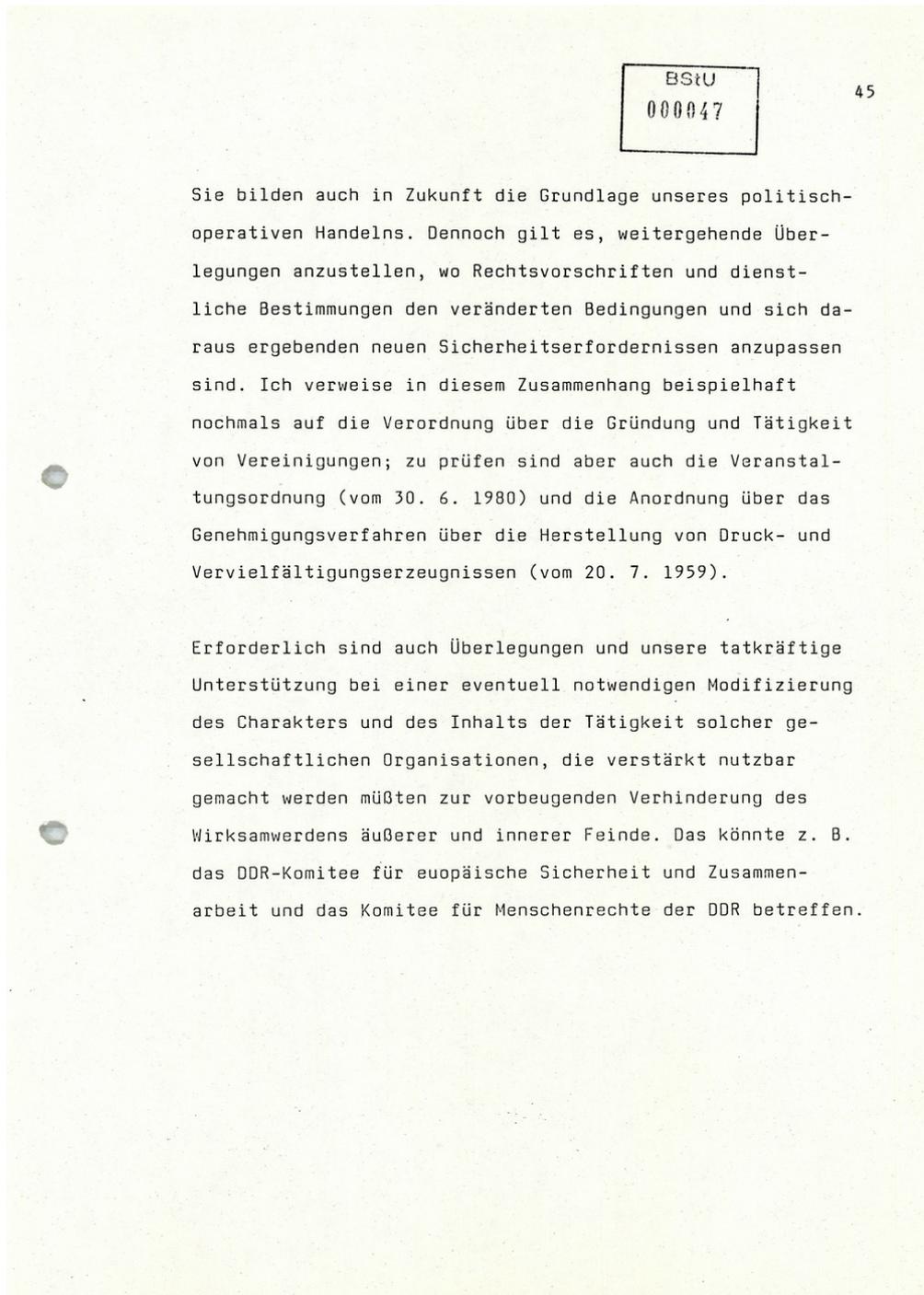
Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64

Blatt 46

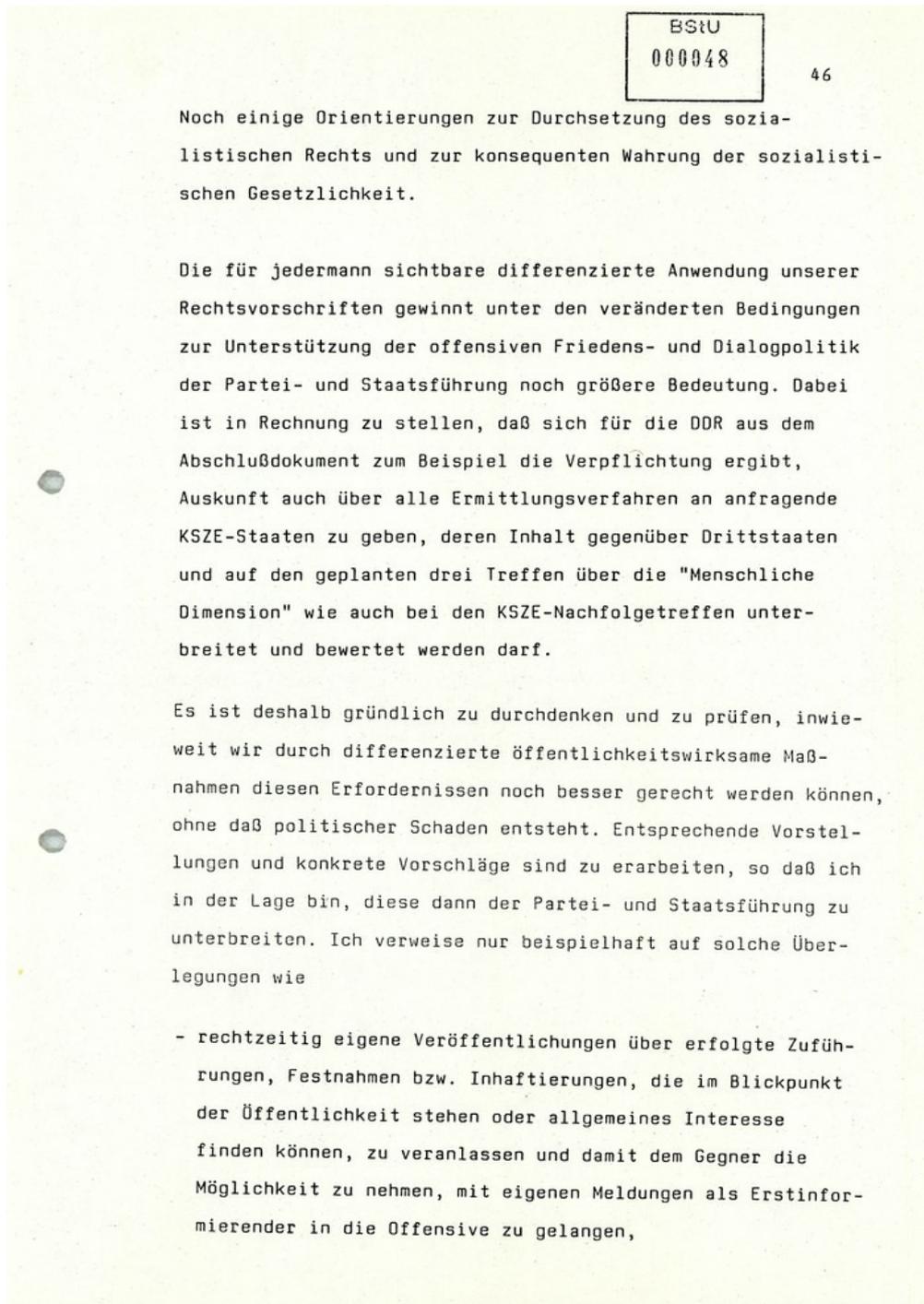
Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64

Blatt 47

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl 1-64

Blatt 48

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BSU
000049

47

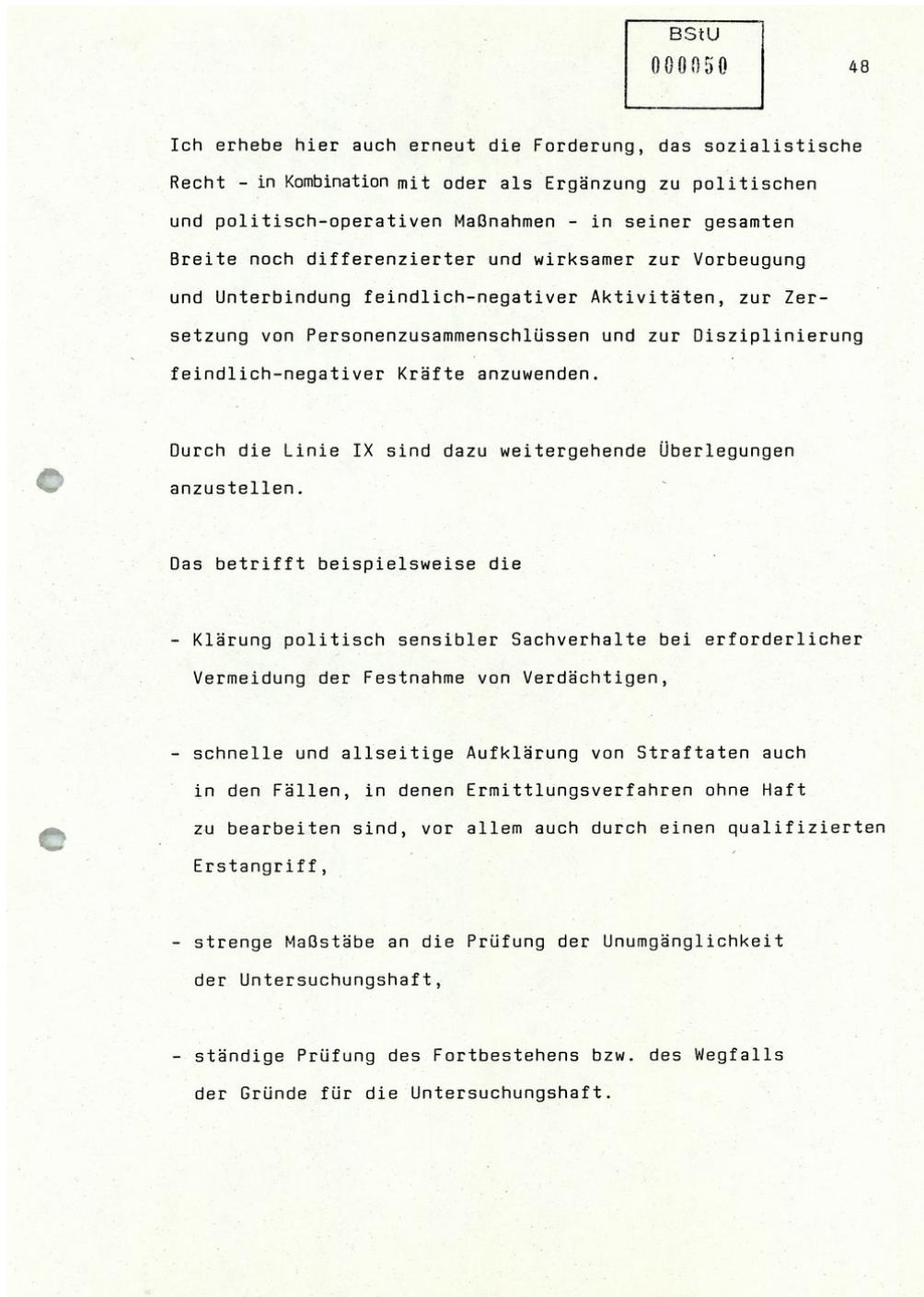
- die Öffentlichkeit über den Fortgang und Ausgang von Untersuchungen zu interessierenden Straftaten und anderen bedeutsamen Vorkommnissen sachlich zu informieren und getroffene Entscheidungen erforderlichenfalls überzeugend zu begründen.

Weiter durchdacht und geprüft werden sollte auch, wie

- die Öffentlichkeit gerichtlicher Hauptverhandlungen - mit Ausnahme gesetzlich und sachlich begründeter Fälle der Gewährleistung von Staatsgeheimnissen - breiter durchzusetzen wäre,
- wie durch Teilnahme geeigneter gesellschaftlicher Kräfte ihre Ergebnisse offensiver für die Unterstützung der politischen und ideologischen Arbeit der Partei auszuwerten wären und
- wie die staatsbürgerlichen Mitwirkungsrechte im Strafverfahren noch konsequenter zu gewährleisten wären.

Mit einer solchen Arbeitsweise würde das Vertrauensverhältnis der Werktätigen zur Partei und zur sozialistischen Staatsmacht gestärkt, das Verständnis für und die Bereitschaft zur Unterstützung der Arbeit der Schutz- und Sicherheitsorgane erweitert und wirksam gegnerischen Bestrebungen vorgebeugt werden, die DDR der Verletzung von Menschenrechten und ihrer Verpflichtungen aus dem KSZE-Prozeß zu bezichtigen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl 1-64

Blatt 50

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000051

49

Ich unterstreiche aber mit allem Nachdruck:

Unter konkreter Beachtung der Rechtsvorschriften der DDR sind alle Maßnahmen zu treffen, um jederzeit eine stabile Lage zu gewährleisten. Nach wie vor werden wir öffentlichkeitswirksame Aktionen feindlicher, oppositioneller Kräfte, mit denen die DDR international diskriminiert werden kann, wirksam unterbinden, möglichst natürlich vorbeugend.

Handlungen unter Anwendung oder ernsthafter Androhung von Gewalt, Aufforderungen zur Gewaltanwendung oder zu entsprechenden Personenzusammenschlüssen, Herbeiführung von konkreten Nachteilen oder Gefahren für die staatliche Sicherheit oder die öffentliche Ordnung, von materiellen Schäden, aber auch Angriffe mit Schäden oder Gefahren für Leben oder Gesundheit von Menschen sowie Beeinträchtigungen der Freiheit und Würde von Menschen, insbesondere in Ausübung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit, sind weiterhin konsequent zu ahnden.

Generell kommt der Herausarbeitung und Dokumentierung des kriminellen Gehalts von Handlungen feindlich-negativer Kräfte besondere Bedeutung für eine wirksame Rechtsanwendung zu. Verstärkt sind deshalb solche Tatbestände anzuwenden, die diesen kriminellen Gehalt deutlich machen wie Geiselnahme, Angriff auf völkerrechtlich geschützte Personen, Nötigung, Bedrohung, Beleidigung, Verleumdung, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch usw.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU 000052	50
----------------	----

Aus dem Wiener Schlußdokument ergibt sich - um auf ein weiteres Problem hinzuweisen - die Aufgabe, die Auslegung und Anwendung einiger Straftatbestände (besonders §§ 214, 219, 220 StGB betreffend) neu zu durchdenken.

Auch die Orientierung zur Strafverfolgung bestimmter Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung vom Juni 1987 sollte im Zusammenwirken mit dem Generalstaatsanwalt und dem Obersten Gericht der DDR geprüft und, wenn erforderlich, Vorschläge zur Überarbeitung unterbreitet werden.

Zu diesen und anderen sich ergebenden weiteren neuen Erfordernissen sind seitens der Hauptabteilung IX in Abstimmung mit den zuständigen anderen Rechtspflegeorganen und Dienst-einheiten des MfS die entsprechenden Vorschläge auszuarbeiten und mir vorzulegen.

Das alles muß natürlich unter Berücksichtigung der konkreten Pläne und des Vorgehens des Gegners, der konkreten Lagebedingungen und der absehbaren Tendenzen der Lageentwicklung erfolgen. Es muß in der erforderlichen Relation dazu stehen. Wenn von Politikern, von den aggressiven Kreisen der NATO-Staaten auf eine Verstärkung des Konfrontationskurses hingearbeitet wird - wie das teilweise auf der Wehrkundetagung in München offensichtlich wurde -, wenn scharfmacherische Forderungen gegenüber den sozialistischen Staaten erhoben und die politischen und ideologischen Einwirkungsversuche sowie die subversiven Angriffe gesteigert werden, dann dürfen wir auch nicht leichtfertig an evtl. Modifizierungen herangehen, uns nicht selbst entwaffnen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000053

51

Genossen!

Bereits jetzt zeichnet sich ab, wie auch bereits angeführt, daß der Gegner die in Wien erreichten Ergebnisse im KSZE-Prozeß für subversive Zwecke, für seine verstärkte Einmischungs- und Differenzierungspolitik gegenüber den sozialistischen Staaten zu nutzen und mißbrauchen versucht. Liberalisierung, Demokratisierung und Pluralismus nach westlicher Prägung in sozialistischen Ländern zu erreichen bzw. zu vertiefen - darum geht es ihm vor allem.

Erklärte Absicht ist, die DDR und andere Bruderstaaten permanent politisch unter Druck zu setzen, immer weitergehende Zugeständnisse zu erreichen und uns insbesondere zur Veränderung der innerstaatlichen Gesetzgebung zu veranlassen.

Soweit bereits jetzt erkennbar, ist für das gegnerische Vorgehen gegen DDR typisch:

- Die Glaubwürdigkeit der Friedens-, Abrüstungs- und Dialogpolitik wird trotz aller konstruktiven Schritte unsererseits infrage gestellt mit der Behauptung, sie finde keine Entsprechung in der Innenpolitik. Damit verbunden ist das zunehmende Hochspielen von Fragen der sozialistischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie angeblicher Defizite in Fragen der Verwirklichung von Freiheit und Freizügigkeit westlicher Prägung für Menschen, Meinungen und Informationen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000054

52

- Mit der demagogischen Behauptung, mit dem abgeschlossenen Dokument seien jetzt entsprechende rechtliche Voraussetzungen gegeben, um legal auf innenpolitische Vorgänge in der DDR Einfluß zu nehmen, auf innenpolitische Veränderungen bei uns zu drängen, stellt der Gegner zunehmend Forderungen nach pluralistischer Demokratie und innenpolitischer Transparenz.
- Unter Bezugnahme auf die im Schlußdokument enthaltene Verpflichtung, administrative Hindernisse im grenzüberschreitenden Verkehr weiter abzubauen, Forderungen nach uneingeschränkter Freizügigkeit im Reise-, Touristen- und Besucherverkehr sowie bei Ein- und Ausreisen, einschließlich der Aufhebung jeglicher Beschränkungen, auch von entsprechenden Sperrmaßnahmen sowie Forderungen nach Formulierung von Rechtsansprüchen auf ständige Ausreise und damit verbunden nach Veränderung/Anpassung der Reise-Verordnung vom 30. 11. 1988.
- Auf der Grundlage der getroffenen Festlegungen, sogenannte Kontaktverbote weiter zu lockern, die Kontaktmöglichkeiten über abgeschlossene Abkommen, Verträge und Vereinbarungen hinaus breiter und vielfältiger zu entwickeln, werden zunehmend Forderungen nach direkten Bürgerkontakten unter Umgehung staatlicher Festlegungen, nach Veränderung bzw. Ergänzung bereits abgeschlossener Städte- u. a. Partnerschaftsvereinbarungen, insbesondere in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Bildung, erhoben.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000055

53

Hier sind auch Forderungen einzuordnen, die darauf abzielen, daß feindliche, oppositionelle Gruppierungen und Kräfte ungehindert wirksam werden, sich organisatorisch zusammenschließen und mit Feinden in anderen sozialistischen Staaten zusammenwirken können.

Das betrifft nicht zuletzt auch Forderungen nach Destabilisierung unseres Grenzregimes, vorrangig nach Durchlässigmachung unserer Staatsgrenze, unsere Grenzsicherungsanlagen zu Westberlin abzubauen und eine unkontrollierte Einreise in das Grenzsperrgebiet zu gestatten. Erklärte Absicht politischer Führungskräfte der BRD und Westberlins ist es, das gesamte Spektrum dieses Forderungskatalogs zum Gegenstand von Verhandlungen, des politischen Dialogs mit der DDR zu machen. Vom Umsetzen derartiger Forderungen soll die weitere Gestaltung und Bewertung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten abhängig gemacht, sollen wir damit permanent unter Druck gesetzt werden.

Das alles, die Entwicklung der politisch-operativen Lage erfordert in allen Verantwortungsbereichen höchste Wachsamkeit. In meinem Schreiben vom 23. 1. 1989 an die Leiter der Dienst-einheiten habe ich grundsätzliche Aufgaben gestellt, von denen ich folgende nochmals wiederhole:

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BSU
000056

54

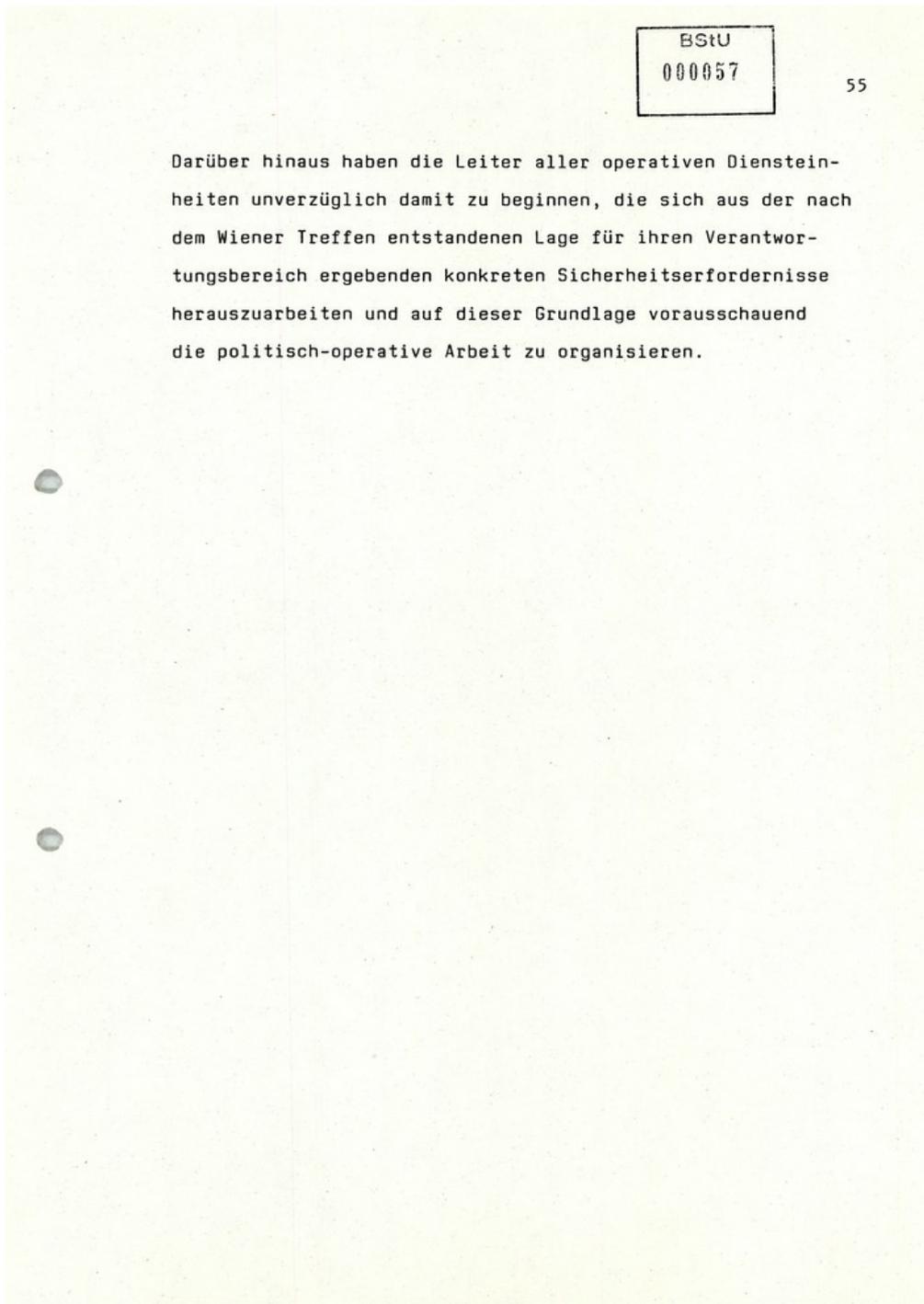
Die Leiter der Diensteinheiten haben die sorgfältige Einschätzung der politisch-operativen Lage in ihren Verantwortungsbereichen, einschließlich der Reaktion der Bevölkerung insgesamt sowie operativ bedeutsamer Personenkreise auf die Ergebnisse des Wiener Treffens und deren erste Wertung durch den Außenminister der DDR, zu gewährleisten.

Sie haben die erforderlichen Maßnahmen zur rechtzeitigen Aufklärung der Pläne, Absichten und Maßnahmen von Kräften des politischen Untergrundes, von Antragstellern auf ständige Ausreise bzw. Übersiedlungersuchenden, von reaktionären Kirchenkräften sowie Angehörigen von unter dem Dach der Kirchen agierenden sogenannten Basisgruppen im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Wiener Treffens einzuleiten und durchzusetzen.

Alle Hinweise sind durch konzentrierten Einsatz der Kräfte und Mittel kurzfristig zu überprüfen und zu klären. Es darf keinerlei Unterschätzung jeglicher Hinweise auf feindlich-negative Handlungen zugelassen werden. Das lehrt uns auch das Vorkommnis in Leipzig und - wenn auch in anderer Form - das Vorkommnis in Halle.

In enger Zusammenarbeit der zuständigen Diensteinheiten sind die erforderlichen Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung der Realisierung erkannter Pläne und Absichten sowie zur wirksamen Unterbindung feindlich-negativer Handlungen durchzusetzen.

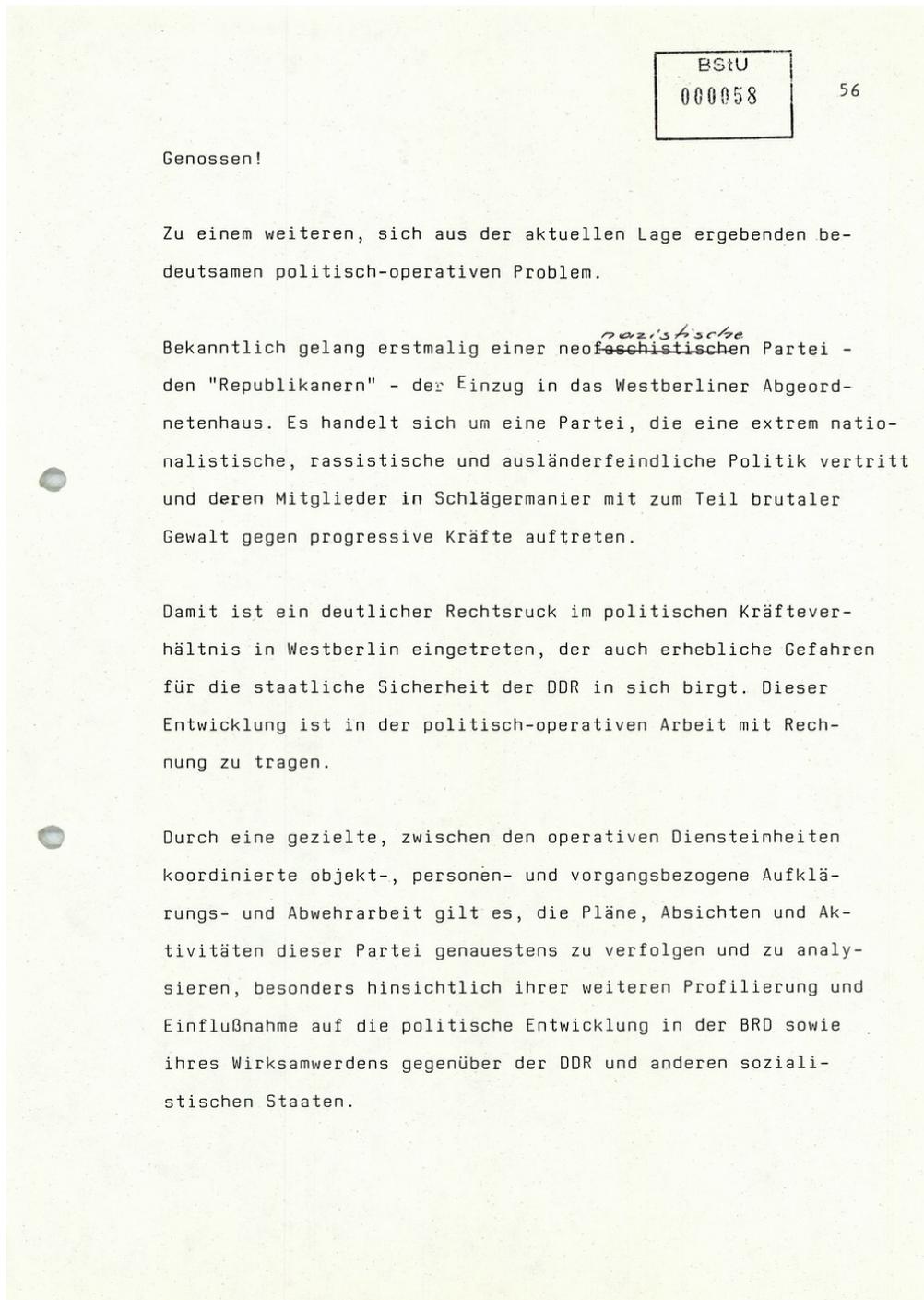
Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, BL 1-64

Blatt 57

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl 1-64

Blatt 58

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000059

57

Besonders bedeutsam ist es, die Führungskräfte dieser Partei aufzuklären, festzustellen, wer hinter ihnen steht, sie finanziert bzw. unterstützt. Gegen derartige Personen einschließlich solcher Kräfte dieser Partei, die mit unterschiedlichsten provokatorischen Aktivitäten gegen die DDR u. a. sozialistische Staaten auftreten, sind Reisesperrmaßnahmen zu prüfen.

Rechtzeitig zu erkennen und aufzuklären sind insbesondere mögliche Verbindungen von Mitgliedern der "Republikaner" zu vom Operationsgebiet aus agierenden Inspiratoren politischer Untergrundtätigkeit wie z. B. JAHN, HIRSCH, FUCHS u. a., die bekanntlich stabile Kontakte zu Feinden in der DDR unterhalten. Das gilt auch für eventuelle Verbindungen zu legalen Basen des Gegners in der DDR.

Zielstrebig aufzudecken sind Kontakte feindlich-negativer Personen in der DDR, insbesondere von Kräften des politischen Untergrundes, zu den "Republikanern". Sie sind umfassend aufzuklären und unter operativer Kontrolle zu halten, um rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen einleiten zu können.

Wir sind uns im Klaren darüber, daß diese Aufgabenstellung nicht nur mit Blick auf Westberlin zu sehen ist. Wie bekannt, ist es die erklärte Absicht der "Republikaner", auch in der BRD politisch Fuß zu fassen. Zu diesem Zweck wollen sie auch in den Bundesländern anstehende Kommunal- und Landtagswahlen nutzen bzw. führen den Wahlkampf bereits in diesem Sinne.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000060

58

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die im Jahre 1989 stattfindenden Kommunalwahlen in Hessen (12. März 1989), Rheinland/Pfalz und Saarland (18. Juni 1989) sowie in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (Oktober 1989). Im Jahre 1990 stehen Landtagswahlen an in Bayern (laut Parteivorsitzendem SCHÖNHUBER wolle man in Bayern über 15 % Wählerstimmen erreichen, Westberlin ist gewissermaßen die Premiere gewesen), in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und im Saarland.

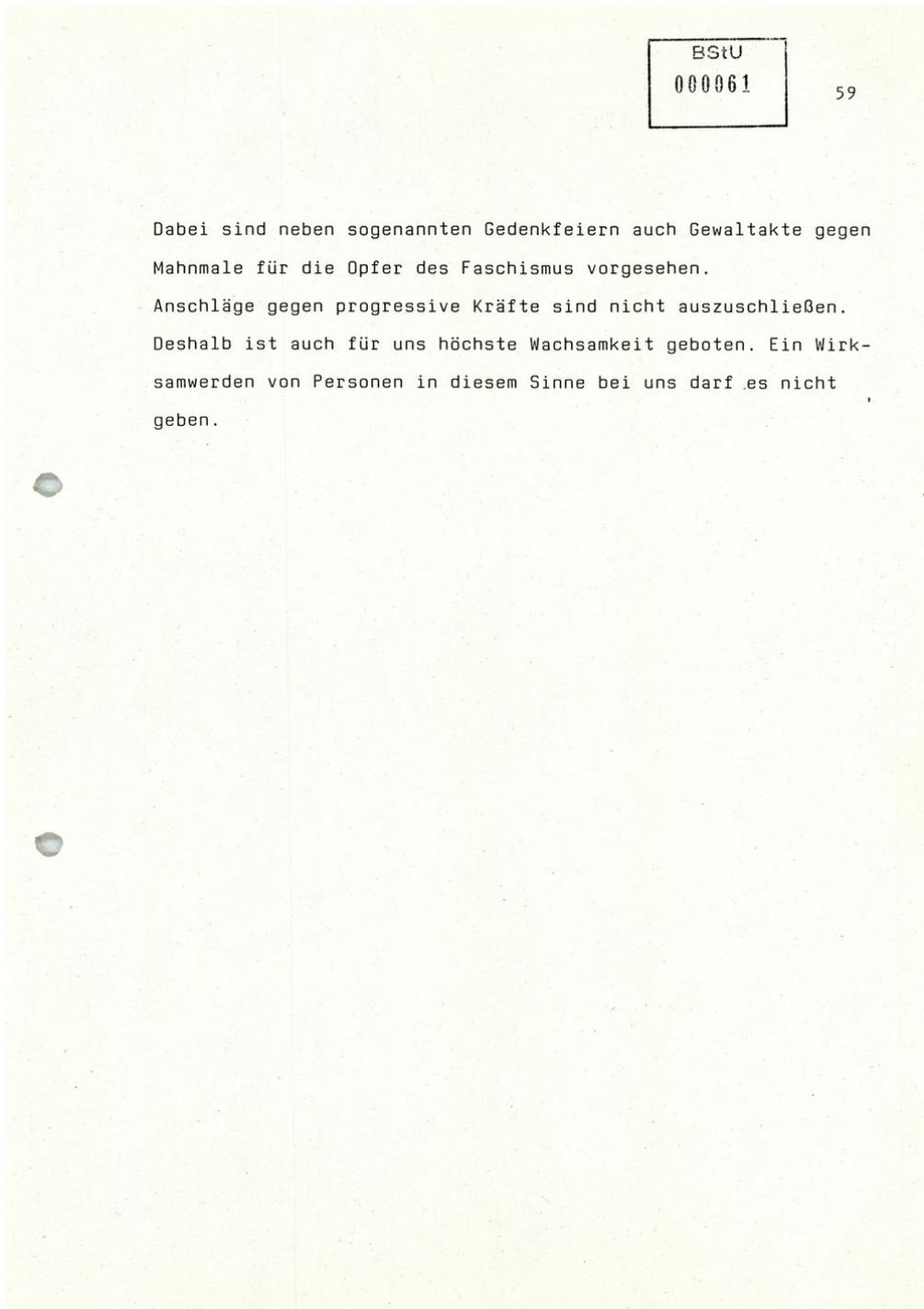
Bei der Einschätzung der politisch-operativen Lage muß in Rechnung gestellt werden, daß es auch in der DDR bereits einzelne Vorkommnisse mit neofaschistischen, antisemitischen und ausländergefeindlichen Tendenzen gab.

Ich erinnere nur an Vorkommnisse mit und entsprechende Verhaltensweisen von Skinheads, aber auch anderer jugendlicher Personenkreise.

Deshalb muß mit allen Mitteln verhindert werden, daß der erkennbare Rechtsruck in Westberlin besonders auf diese von mir genannten Personenkreise durchschlägt und sie zu entsprechenden Aktivitäten ermuntert.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf vorliegende Hinweise, wonach rechtsradikale Gruppierungen und Kräfte in der BRD und in Westberlin in Abstimmung mit Gleichgesinnten in anderen westeuropäischen Ländern beabsichtigen, im Operationsgebiet großangelegte öffentlichkeitswirksame Aktionen anlässlich des 100. Geburtstages Hitlers im April dieses Jahres durchzuführen.

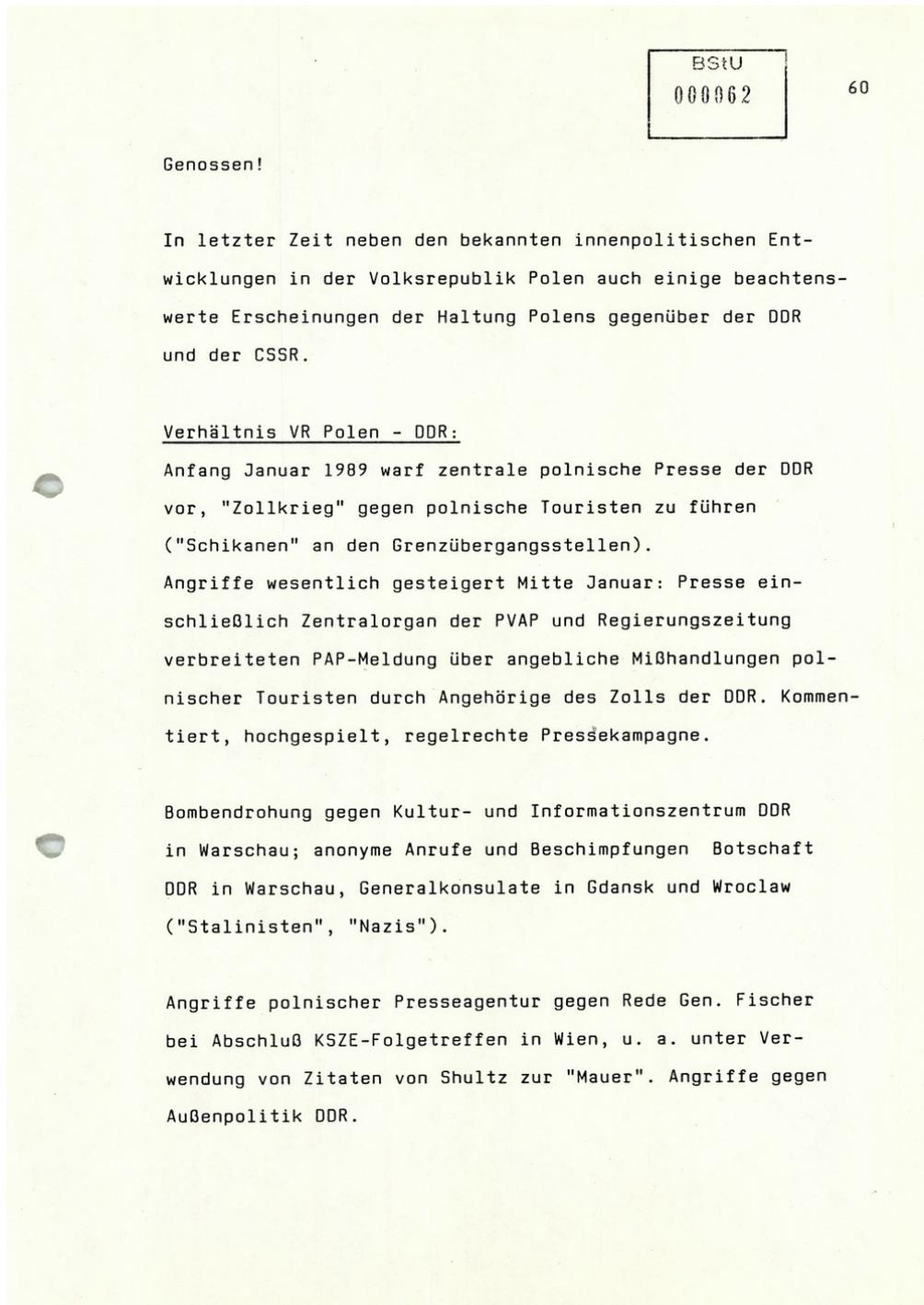
Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64

Blatt 61

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64

Blatt 62

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BSTU
000063

61

Im Dezember und Januar Angriffe der theoretischen Zeitschrift der PVAP, "Polityka", gegen gesellschaftliche Verhältnisse in DDR, Innenpolitik; auch Angriffe gegen Haltung SED zur Geschichte (angeblich auch weiße Flecken; sollte aufgearbeitet werden: Rolle KPD besonders).

Verhältnis VR Polen - CSSR:

Einführung neuer Zollbestimmungen seitens CSSR (15. 11. 1989) führte in VR Polen auch zu Angriffen gegen CSSR, besonders Hochspielen von Schwierigkeiten bei Zollkontrolle.

Ende November 1988 Bombendrohung gegen CSSR-Botschaft in Warschau wegen neuer Zollbestimmungen der CSSR.

Polnisches Außenministerium erschwert ab 5. Februar Arbeit polnischer Werkstätiger in Betrieben der CSSR durch einseitige Veränderung zwischenstaatlicher Vereinbarungen über Grenzübertrittsdokumente dieser Personen.

Gen. Jaruzelski beabsichtigt, bei heutigem Besuch in CSSR Fragen Reiseverkehrs und Zollbestimmungen - Wiederherstellung früheren Zustandes - anzusprechen. (Will auch fordern: Schadenersatz für Verunreinigung der Oder in Höhe von 10 Mio Kronen, Erhalt von Gebieten an Grenze zur CSSR - seien Privatbesitz polnischer Bauern; CSSR bot Gebietsaustausch an, Polen lehnt das ab).

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000064

62

Dies und anderes kommt aus Polen, wo "Solidarnosc" legalisiert wird, wo sich die oppositionellen Kräfte offen etablieren können, wo Zugeständnisse an innere Feinde gemacht werden.

Weitere Entwicklung in VR Polen erfordert höchste Aufmerksamkeit - kann spürbare Auswirkungen auf Entwicklung Verhältnisses Polens zur DDR, Verhalten polnischer Bürger bei Aufenthalt/Transit durch DDR und Wirkung auf feindliche, oppositionelle Kräfte in DDR haben. Bringt neue Anforderungen mit sich - gründlich verfolgen und einschätzen. Auch beachten, wie entwickelt sich die Lage in CSSR weiter.